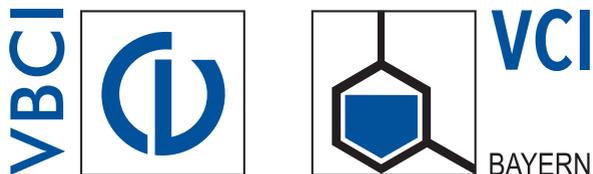


- TA Luft
  - NAPE, Energieeffizienznetzwerke
  - ETS
  - REACH
  - 25 Jahre Responsible Care
  - Bayerischer Pharmapaktel
  - Branchenrat Chemie in Bayern
  - Umweltakt
  - 2020-11-Richtlinie
  - Unsere Seminare
  - Bildungspolitik
  - Pharmaregulierung
  - Energiepolitik
  - Infrastrukturthemen
  - Innovationsrahmenbedingungen
  - Tarifverhandlungen
- Was uns dieses Jahr bewegt:

Tagessperricht

Bayerische Chemieverbände:  
 Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V. (VBCI)  
 Verband der Chemischen Industrie e.V.,  
 Landesverband Bayern (VCI-LV Bayern)  
 Innstraße 15, 81679 München  
 Telefon: 089-92691-0  
 E-Mail: vbci@vbci.de, vci@lv-bayern.vci.de  
 www.bayerische-chemieverbaende.de



Die Bayerischen Chemieverbände

# **JAHRESBERICHT 2015/2016**

Verein der Bayerischen Chemischen Industrie e.V.  
VBCI

Verband der Chemischen Industrie e.V.,  
Landesverband Bayern  
VCI-LV Bayern

## Inhalt

Vorwort Dr. Günter von Au (Vorsitzender) . . . . .	4
Vorwort Walter Vogg (Vorstand und Hauptgeschäftsführer) . . . . .	8
Wirtschaftliche Lage . . . . .	12
Tarifpolitik . . . . .	16
Sozialpolitik . . . . .	24
Aus der Arbeit des VBCI . . . . .	32
Industriepolitik. . . . .	38
Innovation und Bildung . . . . .	46
Aus der Arbeit des VCI-LV Bayern . . . . .	50
Ausblick. . . . .	58
Mitarbeiter der Verbände. . . . .	63
Gremien. . . . .	64
Statistische Vergleichszahlen . . . . .	66



## Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen vor bedeutenden wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen in Deutschland, in Europa und in der Welt.

Die Krisenherde in Syrien, in Afrika und anderen Regionen und die damit verbundene Flüchtlingskrise stellen Deutschland und Europa vor große Herausforderungen. Auch der

jetzt beschlossene Austritt Großbritanniens aus der EU verunsichert Wirtschaft und Politik. Und nicht zuletzt die weiterhin schwierige Sicherheitslage vor dem Hintergrund der Terroranschläge in Belgien und Frankreich sorgt für Unsicherheit. All dies lähmt die Investitionsbereitschaft und das Wirtschaftswachstum, obwohl genau dieses Wirtschaftswachstum nötig ist. Eine starke Wirtschaft ist auch notwendig für eine gesellschaftliche Stabilität, um nicht den Kräften in die Hände zu spielen, die weitere Angst und Verunsicherung schüren. Der Erhalt unseres Wohlstands und der Leistungen eines Sozialstaats braucht eine starke Wirtschaft.

### » WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ARGUMENTE MÜSSEN WIEDER MEHR GEWICHT BEKOMMEN «

Wir fordern deshalb eindringlich, dass wirtschaftspolitische Argumente in der Politik wieder mehr Gewicht bekommen und sie sich auch in den verschiedenen Politikbereichen auswirken, denn zu den genannten Unsicherheiten kommen viele „hausgemachte“ hinzu. Derzeit gibt es in Deutschland einige Entwicklungen, die der Wettbewerbsfähigkeit schaden, obwohl die Stärkung der Industrie erklärtes Ziel war. Die Widersprüchlichkeit zeigt sich schon im Koalitionsvertrag, dessen Einleitung sich wie ein gewichtiges Plädoyer für eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft liest. Aber schon auf den

Folgeseiten wird klar, dass die konkreten Regulierungsvorhaben eher das Gegenteil bewirken. Leider bestätigt sich dieses Bild in der Arbeit der Koalition. Selbst das sehr zu begrüßende Bündnis „Zukunft der Industrie“ kann eben nicht die Entscheidungen aufwiegen, die die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen schwächen, Bürokratie aufbauen oder Unsicherheiten schaffen: Mindestlohn, „Rente mit 63“, Seveso III, EEG, Stromversorgungssicherheit, um nur einige zu nennen.

Schaut man auf die Leitbilder der Parteien, stellt man fest, dass eine große Linie häufig kaum noch erkennbar ist. Mit großer Linie meine ich die politische Grundrichtung, sozusagen das Grundmotiv für alle Parteimitglieder. Sie kommt mehr und mehr abhanden oder wird überdeckt von leidenschaftlich vorgetragenem Klein-Klein. Die Positionen der Parteien zu Einzelthemen sind nicht mehr vorhersehbar. Damit werden Parteien immer undurchschaubarer und widersprüchlicher. Neue Parteien haben leichtes Spiel mit nur wenigen, einfachen Botschaften – unabhängig von deren Sinnhaftigkeit.

### » DIE GROSSE LINIE DER PARTEIEN MUSS WIEDER BESSER ERKENNBAR WERDEN «

Es wird Zeit, dass wieder über die große politische Richtung berichtet und debattiert wird. Man muss sich wieder darauf verlassen können, dass Parteien ihre Einzelmeinungen/-entscheidungen auch dieser großen Richtung unterordnen und damit verlässlicher und berechenbarer werden. Dazu gehört auch, dass nicht nach der Wahl bzw. innerhalb der Legislaturperiode Entscheidungen gemäß einer vermeintlich öffentlichen Meinung oder nach den Launen der Berichterstattung revidiert bzw. angepasst werden, sondern dass ein Regierungsauftrag auch als solcher verstanden wird – ganz im Sinne einer repräsentativen Demokratie.

Nach wie vor ist auf Bundesebene der Koalitionsvertrag das Manifest der politischen Richtung. Alle Maßnahmen, die darin nicht ausgehandelt wurden, führen zu langen Debatten. Sobald neue Themen hinzukommen, verlieren sich Meinungen und Positionen der Abgeordneten

über Parteigrenzen hinweg – mit oft erratischem, nicht rationalem Ergebnis.

Diese Entwicklung gewinnt dadurch an Brisanz, dass wir in unserem Wohlfahrtsstaat eine Kultur entwickelt haben, in der der Staat alles regeln muss. Wenn die Milchpreise niedrig sind, muss der Staat eingreifen und wenn wenig Elektroautos in Deutschland unterwegs sind, dann muss auch hier der Staat tätig werden.

Durch die immer häufigeren und immer massiver lenkenden Eingriffe hat sich unser Wirtschaftssystem spürbar von der Sozialen Marktwirtschaft entfernt. Im Sinne der Sozialen Marktwirtschaft gibt es durchaus gute Gründe für Staatseingriffe, etwa, wenn damit ein Gemeinschaftsgut geschützt wird oder der freie Markt durch Kartelle bedroht ist. Aber es ist höchste Zeit für eine Rückbesinnung auf das, was Deutschland und Bayern groß gemacht hat und was das Erfolgsrezept für das Wirtschaftswunder war.

#### »EINE RÜCKBESINNUNG AUF DIE WIRTSCHAFTSORDNUNG „SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT“ IST ÜBERFÄLLIG «

Der Staat sollte Regeln setzen, Rahmen geben und Sicherheit bieten, aber es dem Markt überlassen, Angebot und Nachfrage zur Deckung zu bringen.

Es ist erstaunlich, wo und in welchem Ausmaß der Staat heute Preise bestimmt oder beeinflusst. Stichwort Mietpreisbremse, Arzneimittel-Zwangsrabatte, Mindestlohn oder EEG-Vergütungen, um nur ein paar zu nennen. Aber auch an anderen Stellen gibt es eine Flut neuer Regelungen, die für sich betrachtet vielleicht akzeptabel sein mögen, aber in der Summe schädlich sind – schädlich für die Wettbewerbsfähigkeit, dadurch schädlich für die Arbeitsplätze, vor allem aber schädlich für das Selbstverständnis unseres Wirtschaftssystems und somit für die Investitionsbereitschaft.

Gerade kleine und mittlere Unternehmen unserer Branche haben zudem immer mehr Mühe, alle sie betreffenden Gesetze und Verordnungen im Auge zu behalten.

Vielleicht können wir uns solchen „Luxus“ derzeit noch leisten. Wir sollten im Sinne einer vorausschauenden Politik aber jetzt mit der Besinnung auf unsere Stärken beginnen. Denn unser Sozialstaat, unser Wohlstand und der damit verbundene soziale Frieden sind nur mit einer starken Wirtschaft finanzierbar.

Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist eine der spartenübergreifenden Schlüsselindustrien, entscheidend nicht nur für unseren Wohlstand heute, sondern vor allem für die vielen noch zu lösenden Aufgaben der Zukunft. Wirtschaft und Gesellschaft brauchen eine starke chemisch-pharmazeutische Industrie.

Dieser Jahresbericht soll Ihnen einen Überblick zu den Arbeitsfeldern und Themen der beiden Verbände geben und ist – wie immer – auch eine Art Positionspapier mit unseren wichtigsten politischen Forderungen.

Die Bayerischen Chemieverbände setzen sich weiter mit aller Kraft dafür ein, dass unsere Branche stark bleibt und wächst.

Ihr



Günter von Au  
Vorsitzender



## Sehr geehrte Damen und Herren,

lange sah es so aus, als würde das „Flüchtlingsdrama“ zum alleinigen und alles beherrschenden Thema der deutschen und bayerischen Politik werden. Zwischenzeitlich hat der Flüchtlingsstrom nach Deutschland durch das Schließen wichtiger Grenzen erheblich nachgelassen, ohne dass freilich die Ursachen von Flucht und Vertreibung auch nur ansatzweise gelöst oder gar beseitigt worden wären. Wir haben uns als Bayerische Chemieverbände immer für eine Integration von

asylsuchenden Menschen mit „Herz und Verstand“ ausgesprochen.

### » FLÜCHTLINGSPOLITIK BITTE MIT HERZ UND VERSTAND «

Damit die große Hilfsbereitschaft der bayerischen Bevölkerung nachhaltigen Erfolg hat, wird es daher entscheidend darauf ankommen, wie die Integration der Flüchtlinge und Migranten, die bleiben dürfen, in den Arbeitsmarkt und in unsere Gesellschaft gelingt. Die chemische Industrie hat sich hier zu einer Reihe von Unterstützungsmaßnahmen, vor allem im Bereich der Ausbildung und bei Arbeitsplatzangeboten, bekannt.

Aber auch hier ist nicht nur Idealismus, sondern Realismus gefragt, was z. B. Sprachkenntnisse, Ausbildungsfähigkeit oder bereits vorhandene berufliche Qualifikationen betrifft. Denn nur mit einer realistischen Beurteilung der Situation werden die wirklichen Probleme adressiert und einer Lösung zugänglich gemacht.

Damit wir „das schaffen“, ohne einer leider zunehmenden Fremdenfeindlichkeit weiter Nahrung zu bieten, ist es unerlässlich, dass unsere Wirtschaft sich weiter auf hohem Niveau entwickelt und die allseits vorhandene Hilfsbereitschaft auch auf wirtschaftliche Leistungsfähigkeit trifft.

Um diese wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zu erhalten, sind jedoch Rahmenbedingungen erforderlich, die für nötiges Wachstum und Investitionen ein Mindestmaß an Planbarkeit und Sicherheit bieten. Und hier genügt es eben nicht, ein Bündnis „Zukunft der Industrie“ auszurufen und die fehlende Investitionsbereitschaft zu beklagen, wenn im täglichen Regierungshandeln der Industrie das Leben zunehmend schwer gemacht wird.

### » HILFSBEREITSCHAFT MUSS AUF WIRTSCHAFTLICHE LEISTUNGSFÄHIGKEIT TREFFEN «

Es ist schon erstaunlich, wie die Bundesregierung Stück für Stück nicht nur wesentliche Eckpunkte der Agenda 2010 in Frage stellt und in die Tarifhoheit eingreift, sondern mit immer mehr Bürokratie und regulatorischen Eingriffen versucht, Hand an die Erfolgsfaktoren unseres arbeitsteiligen Wirtschaftssystems zu legen. Dass hier in einigen Bereichen – wie zum Beispiel bei der Zeitarbeit und den Werkverträgen oder bei Seveso III – das Schlimmste gerade noch abgewendet werden konnte, liegt sicher nicht zuletzt am Einsatz und der deutlichen Stimme der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände, die auch bei der Bayerischen Staatsregierung Gehör gefunden hat sowie an der konstruktiven Dialogbereitschaft der Fachexperten bayerischer Ministerien und Behörden.

Der 5. Umweltpakt in Bayern, der anlässlich seines 20-jährigen Jubiläums am 23. Oktober 2015 unterzeichnet wurde, kann dagegen, wenn er denn richtig gelebt wird, mit seinen Dialogplattformen zur Verwaltungsvereinfachung dazu beitragen, dass ein auf Vertrauen, Kooperation und Eigenverantwortung basierender pragmatischer Gesetzesvollzug das Handeln unserer Unternehmen nicht unnötig lähmt. Dann hat er das Zeug zu einem echten „Standortpakt“.

Ein in diesem Sinne ebenfalls sehr positives Beispiel konstruktiver Zusammenarbeit auf wirtschaftspolitischem Gebiet ist sicher der „Bayerische Pharmagipfel“ unter maßgeblicher Beteiligung der bayerischen Ministerien für Gesundheit und Wirtschaft. Und auch der „Branchendialog Chemie“ mit unserer bayerischen Wirtschaftsministerin Ilse Aigner hat sicher zu noch mehr gegenseitigem Verständnis beigetra-

gen, wenn auch besonders auf dem Gebiet der Energieversorgung oder der steuerlichen Forschungsförderung noch viel zu tun bleibt. Wer aber permanent die falschen Signale setzt, braucht sich dann über geringes Wachstum und fehlende Investitionsbereitschaft nicht zu beklagen.

Wenn es um die Zukunft geht, sind neben energiepolitischen Fragen insbesondere drei Bereiche von entscheidender Bedeutung: Neben Innovation und dem in seinen Auswirkungen noch immer vielfach unterschätzten Wandel hin zur Industrie 4.0 ist dies sicher der Aufbau einer ausreichenden digitalen Infrastruktur.

#### » WIR BRAUCHEN INVESTITIONEN IN DIE DIGITALE UND DIE REALE VERKEHRSMINFRASTRUKTUR «

Bei allem „Hype“ um die digitale Zukunft dürfen wir aber nicht die Fehler wiederholen, die seinerzeit beim Wettstreit zwischen „Old“ und „New Economy“ begangen wurden. Gerade für Industrieländer wie Deutschland und Bayern gilt auch in Zukunft, dass die Produkte unserer Unternehmen, die unsere Arbeitsplätze im Lande sichern, nicht über „Datenautobahnen“ transportiert werden können – wir brauchen auch die A 94 und die Bahnausbaustrecke ABS 38!

Investitionen in die digitale und in die reale Verkehrsinfrastruktur sind dabei immer auch eine Investition in die Zukunft.

Sie sind Voraussetzung für die Ansiedlung neuer Unternehmen, Wirtschaftswachstum, das Entstehen neuer Arbeitsplätze und den damit verbundenen Wohlstand, den die Menschen heute in Bayern genießen. Nur wer Infrastruktur sät, wird Wirtschaftswachstum ernten.

Die chemische Industrie in Bayern profitiert als integraler Bestandteil der industriellen Wertschöpfungsketten in besonderem Maße von der Verkehrsinfrastruktur, die zum Beispiel der Flughafen München als internationales Drehkreuz für die gesamte Wirtschaft bietet. Und die Konkurrenz schläft nicht. Ob die Erfolgsgeschichte Bayerns für die Zukunft fortgeschrieben wird, hängt also entscheidend davon ab, wie sich Bayern im internationalen Wettbewerb um attraktive Wirtschaftsstandorte positioniert.

Die Entscheidung für den Bau einer dritten Startbahn ist Teil unserer Generationenverantwortung und wäre ein wichtiges Signal und ein strahlkräftiges Element dieser Positionierung. Nicht nur die betroffenen Airlines, sondern auch die Unternehmenszentralen im In- und Ausland beobachten sehr genau, wie sich Bayern beim Ausbau von Infrastruktur verhält. Wir dürfen diesen Standortvorteil und die sich daraus ergebenden Chancen für die zukünftige Entwicklung des Industriellands Bayern nicht verspielen.

#### » DER BAU DER DRITTEN STARTBAHN WÄRE EIN WICHTIGES SIGNAL FÜR IN- UND AUSLÄNDISCHE INVESTOREN «

Wir, bei den Bayerischen Chemieverbänden, werden daher nicht müde, für die erforderlichen Rahmenbedingungen zu kämpfen, die unsere Mitgliedsunternehmen brauchen, um ihren Beitrag für Wohlstand und Arbeitsplätze in Bayern leisten zu können.

Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit wie immer bei allen bedanken, die unsere hierauf gerichtete Arbeit begleitet und unterstützt haben – vor allem natürlich bei unseren Mitgliedsunternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich in den verschiedensten Gremien mit ihrem Wissen und ihrer Erfahrung eingebracht haben.

Danke für Ihr Vertrauen und die kostbare Zeit, die Sie bereit waren, in die Verbandsarbeit zu investieren. Unsere erfolgreiche Arbeit basiert immer auch auf Ihrer Expertise und der konstruktiven Zusammenarbeit bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele.

Ihr

Walter Vogt

## Wirtschaftliche Lage

Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland hat das unstete Jahr 2015 mit einem eher ernüchternden Schlussquartal beendet. Wichtige Kennzahlen für unsere Branche wie Erzeugerpreise und Umsatz gingen zurück. Und das, obwohl die Voraussetzungen für einen sich selbst tragenden Aufschwung noch zu Beginn des Jahres nicht schlecht waren. Denn niedrige Ölpreise und dadurch erhöhte Kaufkraft und niedrige Naphtha- bzw. Rohstoffpreise, zusätzlich ein schwacher Euro und niedrige Zinsen, hatten zunächst für einen kleinen Aufschwung gesorgt.

Ab Mitte des Jahres kam die Chemiekonjunktur allerdings ins Stocken. Die Exporte nach Russland gingen deutlich zurück und auch Brasilien kam in eine Rezession. Bei den anderen großen Volkswirtschaften fiel vor allem China auf. Die zweistelligen Wachstumsraten gehören der Vergangenheit an. Mittlerweile liegen selbst die staatlichen Wachstumsangaben von 7 % für 2015 vermutlich oberhalb des tatsächlichen Wachstums – realistisch gesehen ist China eher mit 5 % gewachsen. Dadurch fehlt auch unserer Industrie ein Konjunkturmotor.

2015 war aber auch in anderer Hinsicht ein bemerkenswertes Jahr. Die sehr niedrigen Ölpreise, der schwache Euro und die extrem niedrigen Zinsen hatten (und haben) natürlich sehr unterschiedliche und komplexe Auswirkungen auf die Unternehmen und ihre Profitabilität – je nachdem, wie gut ein Unternehmen bei Rohstoffpreissenkungen die eigenen Preise hochhalten konnte oder wie groß die Abhängigkeit von Dollar-Rohstoffen war.

» MIT EINEM „NULL-WACHSTUM“ WAR BAYERN 2015 NUR ETWAS BESSER ALS DER BUNDESDURCHSCHNITT «

Im Mittel konnte unsere Branche nur ein leichtes Wachstum der Produktion erzielen. Und das kam im Wesentlichen von einem Zuwachs im Pharma-Sektor. Die meisten anderen Sparten wuchsen kaum oder schrumpften sogar. Mit den sinkenden Preisen sank auch der deutsche Branchenumsatz um mehr als 1 % auf unter 190 Mrd. EUR.

Der Blick auf die bayerischen Umsatzzahlen zeigt, dass wir mit einem „Null-Wachstum“ nur etwas besser als der Bundesschnitt waren. Im Inlandsgeschäft gab es einen Rückgang, der nur durch das Wachstum im Auslandsgeschäft von 1,1 % kompensiert werden konnte.

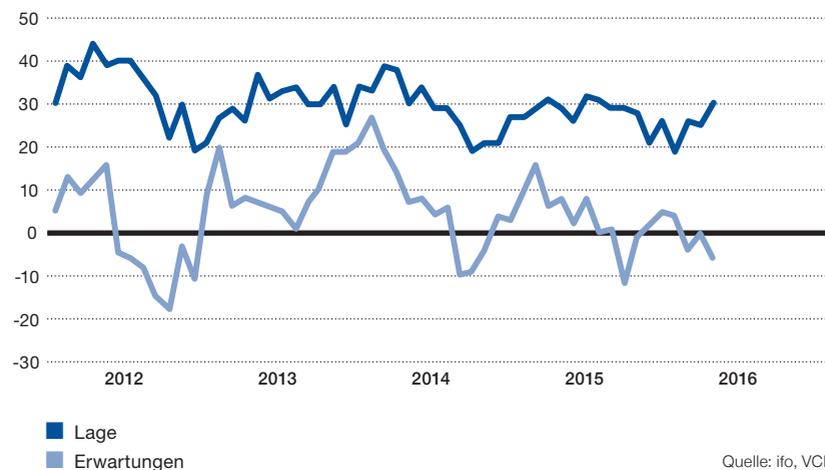
Die gesamte Wirtschaft zeigt ein ordentliches Wachstum – in Bayern 2,1 %, im Bundesdurchschnitt 1,7 % –, aber in der chemischen Industrie kommt dieses Wachstum nicht an.

»DER WIRTSCHAFTLICHE AUFSCHWUNG DEUTSCHLANDS KOMMT IN DER CHEMISCHEN INDUSTRIE NICHT AN«

Auch für die Zukunft ergibt sich ein indifferentes Bild: Nahezu alle Frühindikatoren und Stimmungsbarometer sind derzeit im Abwärtstrend. Die globalen Konjunkturindikatoren zeigen schon eine ganze Weile in diese Richtung, jetzt spürt es auch die Eurozone.

**Geschäftslage und Geschäftserwartungen der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Deutschland**

Saldo aus positiven und negativen Antworten, Mai 2016



Gleichzeitig gibt es Studien, die insgesamt 1,5 % Wachstum der deutschen Wirtschaft für 2016 prognostizieren – Deutschland ist derzeit ein Zugpferd in der EU. In 2015 konnte man sehen, dass eine gute gesamtwirtschaftliche Lage in Deutschland oder Bayern aber nicht notwendigerweise in gleichem Umfang für die chemische Industrie gilt bzw. sich auf das Wachstum in der chemischen Industrie auswirken muss.

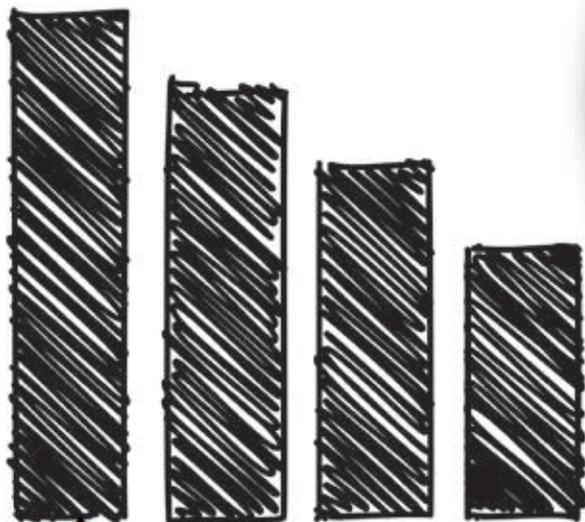
Die Umsätze in der chemischen Industrie sind im Wesentlichen von der Industriekonjunktur (Produktion) abhängig. Die deutsche Industrieproduktion wird 2016 aber voraussichtlich nur um 0,5 % wachsen. Im restlichen Europa wird die Produktion um etwa 1 % zulegen, also etwas stärker wachsen (VCI-Prognose).

Die Chemiekonjunktur ist aber ebenso abhängig von der Weltkonjunktur. Und auch hier zeichnet sich ein eher gemischtes Bild ab – die folgenden Zahlen beziehen sich auch auf die Industrieproduktion:

China wird 2016 noch weniger wachsen – jetzt offiziell nur noch 5 % Produktionszuwachs. Die USA sollen mit 1 % nur noch halb so viel Zuwachs haben wie 2015. Brasilien schrumpft weiter – wenn auch nicht mehr so schnell. Russland hat die Talsohle erreicht und dort ist wieder mit leichtem Wachstum zu rechnen – allerdings weiter auf niedrigem Niveau. Der bevorstehende Brexit verstärkt die Unsicherheit.

»2016 IST NUR MIT EINEM GERINGEN WACHSTUM DER CHEMISCH-PHARMAZEUTISCHEN INDUSTRIE ZU RECHNEN«

All diese Effekte veranlassen den VCI zu einer Prognose von 1 % Wachstum der Chemieproduktion hierzulande, allerdings mit um 2 % sinkenden Preisen. Insgesamt ergibt sich laut Prognose somit ein leichter Umsatzrückgang von 1 % – der übrigens wieder durch das Auslandsgeschäft teilweise kompensiert wird.



## „Vorfahrt für Tarifverträge“

Eine wettbewerbsfähige Industrie, die Wohlstand und Arbeitsplätze schafft, lebt auch davon, dass sie durch wirtschaftliche Rahmenbedingungen ein Mindestmaß an Planbarkeit erhält und ihr nicht durch übermäßige und unnötige Bürokratie das Leben zusätzlich erschwert wird.

»EINE WETTBEWERBSFÄHIGE INDUSTRIE BRAUCHT EIN MINDESTMASS AN WIRTSCHAFTLICHER PLANBARKEIT UND KEINE UNNÖTIGE BÜROKRATIE«

Unter diesem Aspekt ist es schon erstaunlich, wie die Bundesregierung immer wieder aufs Neue versucht, in die Tarifhoheit einzugreifen und mit immer mehr Bürokratie und regulatorischen Eingriffen Hand an die Erfolgsfaktoren unseres arbeitsteiligen Wirtschaftssystems legt – um sich dann im gleichen Atemzug über fehlende Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu beklagen.

Dies gilt nicht nur für den Mindestlohn und dessen administrative Begleiterscheinungen, die als arbeitsmarktpolitische Effekte vor allem neue Arbeitsplätze beim Zoll als Überwachungsbehörde geschaffen haben. Auch bei Zeitarbeit und Werkverträgen sowie beim sog. Entgeltgleichheitsgesetz kennt die regulatorische Phantasie der beiden Bundesministerien für Arbeit und Familie offenbar keine Grenzen.

Wenn einerseits von der Wirtschaft immer wieder Verständnis für politische Notwendigkeiten gefordert wird, sollten andererseits auch die Unternehmen vom Gesetzgeber ein Mindestmaß an Verständnis für unternehmerische Abläufe und wirtschaftliche Zusammenhänge erwarten können.

Was die geplanten Regelungen zu Zeitarbeit und Werkverträgen betrifft, konnte durch intensive Überzeugungsarbeit der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverbände das Schlimmste gerade noch verhindert werden.

Zu hoffen bleibt, dass dies auch beim Entgeltgleichheitsgesetz gelingt, das in seinen negativen Folgen zu einem der am meisten unterschätzten Gesetzesvorhaben zählt.

Nicht nur, dass es in seinem Mix aus Auskunftsansprüchen, Entgeltsystemanalysen und der Forderung nach zusätzlichen Statistiken ein Regulierungsungetüm ohnegleichen darstellt. Es greift massiv in die Grundlagen der Tarifhoheit ein, indem es von den Tarifparteien ausgehandelte Entgelttarifverträge, deren Umsetzung in den Unternehmen zudem der Überwachung durch die Betriebsräte unterliegt, unter den Generalverdacht der Entgeltdiskriminierung stellt. Noch schlimmer: Es trägt nicht im Mindesten dazu bei, die immer wieder behauptete Lohnlücke zwischen Männern und Frauen von 21 % zu schließen, die in Wahrheit, nach Bereinigung um Effekte, die mit einer Ungleichbehandlung nichts zu tun haben, allenfalls rund 2 % beträgt.

Das Entgeltgleichheitsgesetz ist erneut ein Beleg dafür, dass die Gestaltung der Arbeitsbedingungen vorrangig durch die Tarifvertragsparteien erfolgen muss und Regelungen durch den praxisfernen Gesetzgeber immer nur „zweite Wahl“ sind.

#### »DIE GESTALTUNG DER ARBEITSBEDINGUNGEN MUSS VORRANGIG DURCH DIE TARIFVERTRAGSPARTEIEN ERFOLGEN«

Dabei werden die Veränderungen der Arbeitswelt durch den Wandel hin zur Industrie 4.0, mit der sich viele Produktionsabläufe grundlegend verändern und etablierte Geschäfts- und Arbeitsmodelle radikal in Frage gestellt werden, die nächsten großen Herausforderungen bereithalten.

Dass die Tarifvertragsparteien in der Lage sind, die besseren – weil für die Branche sachgerechteren – Lösungen zu finden, beweisen die Sozialpartner in der chemischen Industrie seit vielen Jahren. Bestes Beispiel sind die innovativen Antworten der chemischen Industrie auf die Herausforderungen des demografischen Wandels durch den Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“ sowie den Tarifvertrag „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“.

Selbst in schwierigen Zeiten, in denen, wie in der Tarifrunde 2015, die Zeichen schon auf Schlichtung und seit 1971 erstmals wieder auf Streik standen, haben sich die Verhandlungspartner auf den Wert der besonderen Sozialpartnerschaft in der Chemie besonnen und einen für beide Seiten guten Kompromiss erzielt.

Die Frage, ob die Sozialpartnerschaft trotz eines sich mehr und mehr verändernden Tarifumfelds auch die nächsten Bewährungsproben bestehen würde, konnte an zwei Beispielen positiv beantwortet werden. Denn während mittlerweile in nahezu allen anderen Branchen Arbeitsk Kampfmaßnahmen bei jeder Verhandlung zum üblichen Ritual gehören, konnte das leider notwendig gewordene Schlichtungsverfahren um die Regelung spezifischer Arbeitsbedingungen bei den Werksfeuerwehren in der Chemie ohne großes Aufheben erfolgreich mit einem guten Ergebnis zu Ende gebracht werden. Und auch die noch offenen Fragen rund um den Tarifvertrag „Lebensarbeitszeit und Demografie“ wurden nach intensiven, konstruktiv und vertrauensvoll geführten Gesprächen noch vor der diesjährigen Entgelttrunde mit pragmatischen Lösungen beantwortet.

Beste Vorzeichen also für die anstehenden Tarifverhandlungen.

Doch jede Tarifrunde hat ihre eigenen Gesetze.

Positiv zu vermelden ist das gegenseitige Bemühen, die Fehler der vergangenen Runde, besonders in puncto Kommunikation, nicht zu wiederholen. Trotz aller Konsequenz bei der Diskussion wirtschaftlicher Daten und Fakten war der Verzicht auf eine bewusste oder unbewusste Provokation sowie der Respekt vor der unterschiedlichen Interpretation der aktuellen Lage und der wirtschaftlichen Aussichten durch die jeweils andere Seite immer spürbar.

Auch wenn die Arbeitgeberseite nicht von Krise sprechen und auch kein Bild der Angst vor der Zukunft zeichnen wollte, waren die Erwartungen an eine Fortsetzung des in der letzten Runde eingeschlagenen Wegs eines wieder mehr an den wirtschaftlichen Realitäten orientierten Tarifabschlusses berechtigterweise hoch.

Und an diesen Realitäten hatte sich seit dem letzten Tarifabschluss nichts Wesentliches geändert: Weiterhin kaum mehr als Stagnation im Bereich Produktion, sinkende Umsätze und Erzeugerpreise sowie eine insgesamt immer noch rückläufige Produktivität. Im Gegensatz dazu seit Jahren steigende Lohnkosten und eine Inflation im „Null-Komma-Bereich“, die selbst bei moderaten Entgelterhöhungen ohne „große Sprünge“ zu einem signifikanten Reallohnplus führen würde.

Eckdaten chemisch-pharmazeutische Industrie Deutschland				
	2014	2015	Q1/2016	2016
Umsatz	+ 0,1 %	- 1,1 %	- 3,5 %	- 1,0 % <sup>1)</sup>
Produktion	+ 0,6 %	+ 0,8 %	+ 0,6 %	+ 1,0 % <sup>1)</sup>
Erzeugerpreise	- 1,4 %	- 2,8 %	- 1,4 %	- 2,0 % <sup>1)</sup>
Beschäftigung	+ 1,6 %	+ 0,3 %	- 0,4 %	- 0,5 % <sup>2)</sup>
Produktivität	- 0,8 %	+ 0,9 %	+ 0,2 %	+ 0,5 % <sup>2)</sup>

Eckdaten Deutschland gesamt				
	2014	2015	Q1/2016	2016
BIP	+ 1,6 %	+ 1,7 %	+ 1,3 %	+ 1,5 % <sup>3)</sup>
Inflation	+ 0,9 %	+ 0,3 %	+ 0,3 %	+ 0,3 % <sup>3)</sup>

1) Prognose VCI; Stand Mai 2016

2) Prognose BAVC; Stand Mai 2016

3) Prognose Sachverständigenrat Wirtschaft der Bundesregierung; Stand März 2016

Quelle: Chemdata/  
Statistisches Bundesamt

Ziel war es daher, die internationale Wettbewerbsfähigkeit angesichts der Aufholjagd der weltweiten Konkurrenten nicht durch unangemessen hohe Entgeltsteigerungen zu gefährden.

Demgegenüber wurde das Fehlen einer aktuellen Krise von der IG BCE als Stabilität auf hohem Niveau mit positiven Zukunftsaussichten interpretiert.

#### »ZIEL DER TARIFVERHANDLUNG 2016: INTERNATIONALE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT NICHT GEFÄHRDEN«

Dass es der Branche insgesamt gut gehe und auch die Zukunftsaussichten positiv seien, zeige sich zuletzt an der Dividendenpolitik der Chemie- und Pharmakonzerne, so die IG BCE. Wenn aber genügend Gewinne vorhanden seien, um die Aktionäre mit steigenden Dividenden zu belohnen, sei es eine Frage der Gerechtigkeit und Wertschätzung gegenüber den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, auch diese an den Unternehmensgewinnen entsprechend teilhaben zu lassen.

Das Argument, dass insbesondere die Beschäftigten in internationalen Großkonzernen in der Regel durch Erfolgsbeteiligungs- und Bonussysteme am Unternehmensgewinn beteiligt werden, ließ die IG BCE unter Hinweis darauf, dass dies keine tariflichen Regelungen seien, ebenso wenig gelten wie die

Tatsache, dass Dividenden ein für die Vergangenheit gewährter Risikozins für die Aktionäre sind, die als Einmalzahlung auch sinken oder ganz entfallen können, wohingegen Lohnerhöhungen auf Dauer angelegt sind.

Kritischster Punkt auch für künftige Tarifrunden ist aber sicher die Diskussion um die Frage: Was ist eigentlich „die Fläche“, für die wir gemeinsam eine passende Lösung suchen?

Für die Arbeitgeberseite war und ist „die Fläche“ immer die Gesamtheit der Unternehmen der chemischen Industrie. Und diese ist geprägt von einem hohen Anteil kleiner und mittelständischer Unternehmen, den sog. KMUs mit weniger als tausend, oftmals weniger als fünfhundert Mitarbeitern. In Bayern sind dies rund 85 % unserer Mitgliedsunternehmen.

#### »DIE VIELFALT UNSERER MITGLIEDSUNTERNEHMEN BILDET DIE FLÄCHE – FÜR SIE BRAUCHEN WIR EINE LÖSUNG«

Im Grunde geht es hier zwar nicht um die Frage „groß“ oder „klein“. Denn auch unter den kleineren Unternehmen gibt es viele, denen es wirtschaftlich gut geht und größere, die wirtschaftlich zu kämpfen haben.

Dennoch haben kleinere Mitgliedsunternehmen oft Produktionsstrukturen mit einem überdurchschnittlichen Personalkostenanteil, der eine überproportionale Belastung durch Entgeltsteigerungen zur Folge hat. Darüber hinaus fehlt diesen Unternehmen aufgrund ihrer kritischen Größe oft auch die Möglichkeit, höhere Arbeitskosten in anderen Bereichen wett zu machen. Ein Verweis auf tarifliche Ausnahmeregelungen für Unternehmen in wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die, wenn erforderlich, dankenswerterweise von der IG BCE mitgetragen werden, wird aber dann zunehmend problematisch, wenn die Ausnahme zur Regel zu werden droht.

Die IG BCE hat dagegen das Problem, dass die Mehrzahl ihrer Mitglieder in den großen Chemie- und Pharmakonzernen beschäftigt ist. Dies führt immer mehr zu heftigen Diskussionen um die Frage, für wen der Flächentarif die adäquate Antwort liefern muss. Denn die Unzufriedenheit dieser Beschäftigtengruppe mit dem letzten Tarifabschluss und deren steigende Konfliktbereitschaft war bis zuletzt deutlich spürbar. Hinzu kommt, dass die Erwartungshaltung der Chemiebeschäftigten und damit der Druck auf die IG BCE sehr stark durch die unmittelbar vorangegangenen Abschlüsse

anderer Branchen, insbesondere im Öffentlichen Dienst und vor allem in der Metall- und Elektroindustrie, bestimmt wurde. Hier und auch in anderen Branchen war das Muster eines zweistufigen Tarifvertrages mit langer Laufzeit deutlich zu erkennen. Hinzu kam das offenkundige Ziel der IG BCE, nach den Erfahrungen der letzten Tarifrunde auf keinen Fall schlechter als Metall abzuschließen. Trotz des sozialpartnerschaftlichen Tons galt es also für die Verhandlungspartner in dieser Tarifrunde, äußerst schwierige Herausforderungen zu meistern.

#### »EIN ANSPRUCHSVOLLES ERGEBNIS, DAS DEN WIRTSCHAFTLICHEN FAKTEN NUR BEDINGT RECHNUNG TRÄGT«

Das Ergebnis, das in der zweiten Bundesrunde am 23. Juni 2016 nach sehr intensiven Verhandlungen und größtem Einsatz unseres Verhandlungsteams erreicht wurde, trägt den wirtschaftlichen Fakten unserer Branche nur bedingt Rechnung und geht für viele Unternehmen hart an die Belastungsgrenze. Es lässt somit sicher Raum für unterschiedliche Bewertungen. Das Positive daran: Mit einer prozentualen Erhöhung der Tarifentgelte und Ausbildungsvergütungen um 3,0 % in der ersten Stufe für 13 Monate und 2,3 % in einer zweiten Stufe für 11 Monate liefert der Abschluss ein mehr als deutliches Signal der Wertschätzung an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Unternehmen.

#### »DER NEUE ABSCHLUSS BIETET ZWEI JAHRE PLANUNGSSICHERHEIT, FLEXIBILITÄT UND WERTSCHÄTZUNG FÜR DIE MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER«

Wichtig ist in diesem Zusammenhang auch, dass die vergleichsweise hohe Prozentzahl mit einer sehr langen Laufzeit von 24 Monaten kombiniert wurde, wodurch die Belastung der Unternehmen im Hinblick auf folgende Tarifierhöhungen merklich reduziert wird.

Die erste Stufe beginnt in Bayern am 1. September 2016 – wirkt in diesem Jahr also vier Monate. Die zweite Stufe wird erst am 1. Oktober 2017 wirksam und reicht bis zum 31. August 2018.

Die lange Laufzeit bedeutet also Planungssicherheit für ganze zwei Jahre.

Damit der Abschluss auch für diejenigen Unternehmen in der Fläche umsetzbar ist, die mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen haben, wurden

auch diesmal Flexibilisierungsmöglichkeiten beim zeitlichen Inkrafttreten der einzelnen Erhöhungsstufen vereinbart. Neu und hinsichtlich seiner Auswirkungen sehr bemerkenswert ist dabei, dass die Verschiebemöglichkeit der einzelnen Stufen um jeweils bis zu zwei Monate nicht nur von Unternehmen mit Verlusten im abgelaufenen oder laufenden Geschäftsjahr genutzt werden kann.

Erstmals sind auch diejenigen Unternehmen einbezogen, die sich mit einer Nettoumsatzrendite von höchstens 3 % ergebnismäßig noch „über Wasser“ halten. Der Tarifabschluss trägt somit in diesem Punkt der heterogenen wirtschaftlichen Situation unserer Branche Rechnung.

#### »DIE ANSTRENGUNGEN ZUM ANGEBOT VON AUSBILDUNGSPLÄTZEN WERDEN FORTGESETZT UND INTENSIVIERT«

Neben dem Schwerpunkt Entgelt stand auch die Weiterentwicklung des Tarifvertrages „Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg“ auf dem Programm.

Deutschland verdankt seine internationale Wettbewerbsfähigkeit auch der Qualifikation und Leistungsfähigkeit seiner Fachkräfte. Damit dies trotz der Auswirkungen des demografischen Wandels so bleibt, ist es unabdingbar, die Fachkräftebasis für die Zukunft zu sichern.

Die Tarifvertragsparteien haben daher vereinbart, die Anstrengungen zum Angebot von Ausbildungsplätzen trotz sich verändernder Rahmenbedingungen fortzusetzen und zu intensivieren – auch ohne sich auf exakte neue Zielzahlen festzulegen. Ein Fokus liegt hier auf der Ausbildungsvorbereitung, insbesondere durch das neu geschaffene Programm „Pre-Start“, das die Ausbildungschancen Jugendlicher mit besonderem Entwicklungsbedarf verbessern soll. Das betriebliche Engagement, das hohe Ausbildungsplatzniveau auch künftig beizubehalten, soll zudem durch eine noch aktivere Rolle der „Runden Tische für Ausbildung und Arbeitsmarktfragen“ auf regionaler und auf Bundesebene unterstützt werden.

Insgesamt also eine schwierige Tarifrunde mit großen Herausforderungen und ein Abschluss mit „Licht und Schatten“, der einige grundlegende Fragen an die Sozialpartner für die Zukunft bereithält.

## „Herausforderungen annehmen und Arbeitsplätze sichern“

„Die Industrie – also auch die chemische Industrie – bildet in Deutschland, in weit stärkerem Maße als in vergleichbaren Ländern, die Basis für Wachstum, Wohlstand und Arbeitsplätze. Sie kann jedoch nur dann weiterhin ein Garant für Wohlstand und wirtschaftlichen Erfolg sein, wenn sie wettbewerbsfähig ist – und zwar nicht nur in Europa, sondern weltweit. Dafür sind verlässliche Rahmenbedingungen notwendig.“ Diese Aussage, zu finden auf der Internetseite des Bundeswirtschaftsministeriums unter dem Stichwort „Herausforderungen für eine moderne Industriepolitik“, kann nur mit einem dicken Ausrufezeichen versehen werden. Dabei sind die verlässlichen Rahmenbedingungen nicht nur in der Energie- und Umweltpolitik, sondern auch in der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik zu schaffen, um vor allem die folgenden drei großen Aufgaben der Zukunft zu meistern:

- Die demografische Entwicklung mit ihren Folgen sowohl für den Arbeitsmarkt als auch für die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialversicherungen
- Die Integration von Flüchtlingen mit der Notwendigkeit, dass Integrationsmaßnahmen für Flüchtlinge mit Bleibeperspektive, beginnend mit der Sprachförderung, frühestmöglich ansetzen und nahtlos ineinandergreifen und bestehende Hürden für den schnellen Arbeitsmarktzugang beseitigt werden
- Die Digitalisierung (Industrie 4.0), mit der sich die Produktionsabläufe grundlegend verändern und etablierte Geschäfts- und Arbeitsmodelle radikal in Frage gestellt werden

Die Arbeit der Bundesministerinnen Nahles und Schwesig lässt dabei leider nicht erkennen, dass sie das selbe Ziel wie Bundeswirtschaftsminister Gabriel vor Augen haben. Statt Bedingungen für international wettbewerbsfähige Arbeitsplätze zu schaffen und sich den genannten Herausforderungen zu stellen, wird bürokratisiert, umverteilt und es werden neue Belastungen für die Wirtschaft aufgebaut.

Beispiele:

### Zeitarbeit und Werkverträge

Was die Koalitionsspitzen Anfang Mai 2016 zum Thema „Zeitarbeit und Werkverträge“ vereinbart haben, ist nicht wirklich ein Fortschritt und eigentlich eine insgesamt überflüssige Regelung. Aber immerhin wurde erreicht, die ursprünglichen Pläne zum Thema Werkverträge so zu ändern, dass die deutsche Wirtschaft davon zumindest nicht beschädigt wird! Für eine arbeitsteilige Wirtschaft – erst recht für die Wirtschaft 4.0 – wäre das verheerend gewesen.

Bei der Zeitarbeit konnten die tarifvertraglichen Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und eine Reihe von weiteren Einschränkungen verhindert werden. Dennoch wird die Zeitarbeit durch den Gesetzentwurf erschwert, begrenzt und verteuert.

» DIE ZEITARBEIT WIRD DURCH DIE GESETZLICHEN RAHMENBEDINGUNGEN ERSCHWERT, BEGRENZT UND VERTEUERT «

### Entgeltgleichheitsgesetz

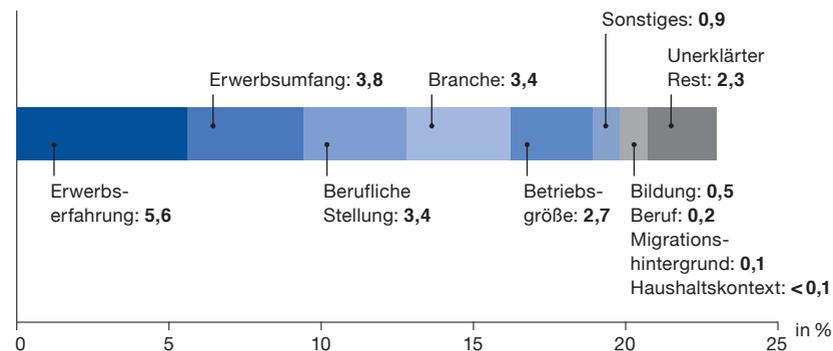
Sollte der Referentenentwurf für ein Entgeltgleichheitsgesetz zum Tragen kommen, würde ein neues Bürokratie- und Regulierungsungetüm entstehen, ohne die Ursachen der Ungleichheit in der Entlohnung auch nur ansatzweise anzugehen.

Ausgangspunkt des Ministeriums ist hier eine unbereinigte Entgeltlücke in Höhe von 21 % (Quelle: Statistisches Bundesamt). Der große Unterschied von 21 % liegt aber nicht an einer ungleichen Vergütung der Arbeit, sondern an unterschiedlicher Arbeit. Und die Gründe dafür liegen an anderer Stelle. Die bereinigte Entgeltlücke, die das unterschiedliche Erwerbsverhalten von Frauen und Männern berücksichtigt, beträgt dagegen gerade einmal rund 2 %.

Eine Studie des HWWI kommt auf einen Entgeltunterschied von 23 %, aber auch nur auf eine bereinigte Entgeltlücke von ca. 2 % – wie übrigens auch das IW Köln.

### Ursachen für gesamtwirtschaftliche Entgeltunterschiede klar erkennbar

Erklärungsfaktoren in %



Quelle: HWWI, 2015

Es ist richtig und wichtig, die Voraussetzungen für Entgeltgleichheit von Frauen und Männern zu verbessern – das sehen auch die Arbeitgeber so.

Die Pläne des Bundesfamilienministeriums jedoch verpassen diese Chance. Stattdessen wird nur Bürokratie geschaffen. Für die vorgesehenen Auskunftsansprüche, Entgeltsystemanalysen, Berichte und Statistiken müssten Unternehmen ihre Personaldaten neu ermitteln und in unterschiedlicher Form neu aufbereiten. Die bisherige Erfahrung mit derartigen Analysen zeigt, dass diese nur mit sehr hohem Mehraufwand möglich sind – und nicht mit „vertretbarem“ Aufwand, wie es im Entwurf beschwichtigend heißt.

Völlig absurd ist, dass ein solches Gesetz nach den bisherigen Plänen auch für tarifgebundene Unternehmen gelten soll: Ein tarifgebundener Arbeitgeber ist an die Entgeltstrukturen eines Tarifvertrages gebunden. Auskunftsansprüche und Berichte sind hier überflüssig. Abwegig ist auch die vorgesehene Überprüfung von Tarifverträgen durch abstrakte Arbeitsbewertungsverfahren, die zuvor auch noch von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes zertifiziert werden sollen. Das wäre ein völlig inakzeptabler Eingriff in die Tarifautonomie – vor allem aber nutzlos.

Das Schlimmste ist jedoch, dass die Arbeitnehmerinnen von den Plänen trotz aller Bürokratie nicht profitieren würden, denn der Entwurf geht an den tatsächlichen Ursachen der gesamtwirtschaftlichen Entgeltunterschiede zwischen Männern und Frauen vollkommen vorbei. Diese beruhen nachweislich in erster Linie auf der immer noch unterschiedlichen Berufswahl und den unterschiedlichen Erwerbsbiografien – und nicht auf fehlender Entgelttransparenz.

#### »DAS ENTGELTGLEICHHEITSGESETZ IST EIN EINGRIFF IN DIE TARIFAUTONOMIE. MEHR BÜROKRATIE, KEIN NUTZEN!«

Anstelle eines Gesetzes sollte alles getan werden, um die Berufs- und Karriereaussichten der Frauen zu verbessern. Dazu gehört,

- die Vereinbarkeit von Familie und Beruf weiter voranzubringen,
- mehr hochwertige, bedarfsgerechte und bezahlbare Ganztags-Kitas und -schulen zu schaffen,
- für eine partnerschaftlichere Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit zu werben bzw. sie zu ermöglichen sowie
- die Berufsorientierung zu verbessern.

Dazu unternimmt die chemische Industrie selbst bereits Anstrengungen, wie z. B. mit der seit Jahren bestehenden Sozialpartnerinitiative „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Als vorläufiger Etappensieg ist zu vermelden, dass aufgrund der massiven Kritik der Arbeitgeberverbände der erste Referentenentwurf des Bundesfamilienministeriums vom Dezember 2015 so nicht in die Ressortabstimmung gehen wird und überarbeitet werden muss.

### Mutterschutz

Auch der Gesetzentwurf zur Neuregelung des Mutterschutzrechts bedeutet ein Mehr an Bürokratie und enthält unverhältnismäßige Verschärfungen zu Lasten der Unternehmen. Das gilt insbesondere für die vorgesehene Ausweitung durchzuführender Gefährdungsbeurteilungen. Angesetzt werden soll hierbei bereits zum Zeitpunkt der Einrichtung des Arbeitsplatzes unabhängig davon, ob es sich um eine gefahrlose Bürotätigkeit handelt oder ob überhaupt damit zu rechnen ist, dass Frauen an diesem Arbeitsplatz beschäftigt

werden. Flankiert wird dies von einem weitgehenden Beschäftigungsverbot bei noch ausstehender konkreter Gefährdungsbeurteilung.

### Rente

In den vergangenen Wochen wurde erneut eine Debatte über unser Rentensystem losgetreten und man konnte wieder einmal den Eindruck gewinnen, es gehe in unserem Land nur ums Verteilen. Nach „Mütterrente“ und „Rente mit 63“ können wir uns keine neuen und teuren Fehler in der Rentenpolitik mehr leisten! Wenn in wenigen Jahren die geburtenstarken Jahrgänge in Rente gehen, werden die geburtenschwächeren Jahrgänge Schwierigkeiten haben, das derzeitige Rentenniveau zu finanzieren: Ein Rentenniveau von 50 % vor Steuern würde die Beitragszahler im Jahr 2030 gegenüber heute um mehr als 60 Milliarden Euro zusätzlich belasten. Das ist der jüngeren Generation nicht zuzumuten.

#### »DIE DERZEITIGE RENTENPOLITIK BELASTET DIE JÜNGEREN GENERATIONEN UNVERHÄLTNISSMÄSSIG STARK«

### Flexibler Übergang in den Ruhestand

Die Einigung der Koalition auf flexible Übergänge in den Ruhestand ist angesichts des drohenden Fachkräftemangels und steigender Lebenserwartung aus Sicht der Arbeitgeber ein Schritt in die richtige Richtung. Die Chemiearbeitgeber begrüßen, dass die bisher isolierten Arbeitgeberbeiträge zur Rentenversicherung sich zukünftig rentensteigernd auswirken können, wenn gleich dies als „Opt-in-Regelung“ ohne Automatismus ausgestaltet werden soll. Die vorübergehende Abschaffung des isolierten Arbeitgeberbeitrags zur Arbeitslosenversicherung ist uneingeschränkt sinnvoll. Weitere wichtige Aspekte zur Gestaltung flexibler Übergänge – beispielsweise im Rahmen von Langzeitkonten – blieben aber unberücksichtigt. Hier gilt es, im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens noch bestehende arbeitsrechtliche Hemmnisse zu beseitigen und die Hinzuverdienstgrenzen noch flexibler zu gestalten.

### Demografische Entwicklung – Fachkräftemangel

Derzeit fehlen den deutschen Unternehmen über 171.000 MINT-Fachkräfte. Dies sind 25 % mehr als im April 2015 und 70 % mehr als Anfang 2014.

In Bayern wird sich bis zum Jahr 2020 eine Arbeitskräftelücke in Höhe von ca. 230.000 Personen ergeben. Fehlen werden insbesondere Personen mit einem beruflichen Abschluss (ca. 160.000) und Hochschulabsolventen (ca. 50.000). Bis zum Jahr 2040 wächst die Fachkräftelücke auf 560.000 Personen an, darunter gut 70 % mit beruflichem Abschluss und etwa 30 % Hochschulabsolventen (Studie „Arbeitslandschaft 2040“ der vbw).

In Deutschland werden bis zum Jahr 2020 ca. 1,8 Millionen Arbeitskräfte fehlen, darunter 1,2 Millionen mit Berufsabschluss und gut 500.000 Hochschulabsolventen.

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit und unseren Wohlstand dauerhaft zu sichern, müssen deshalb alle Potentiale zur Fachkräftesicherung effektiv ausgeschöpft werden. Mit der Ausbildungsinitiative Elementare Vielfalt (EIVi) haben die Chemiearbeitgeber z. B. eine mit dem HR Excellence Award preisgekrönte Plattform entwickelt, die Schülern und Berufseinsteigern Orientierung gibt und die Perspektiven einer Beschäftigung in der chemischen Industrie aufzeigt.

### Den digitalen Wandel gestalten

Die Politik hat mit dem Grünbuch „Arbeiten 4.0“ im April 2015 den Dialog hierüber in Gang gesetzt. Die Chemiearbeitgeberverbände haben sich mit einer umfangreichen Stellungnahme in diese Diskussion eingeschaltet. Die zukünftige Gestaltung der Wirtschafts- und Arbeitsbedingungen muss nach unserer Auffassung folgende Erfordernisse in den Blick nehmen:

- Unternehmerische Flexibilität sicherstellen: Werkverträge und Zeitarbeit sind unverzichtbar.
- Moderne und flexible Arbeitsformen fortentwickeln: Orts- und zeitflexible sowie lebensphasenorientierte Ausgestaltung von Arbeitszeit.
- Innovative Betriebsverfassung: Betriebsübergreifenden Prozessen, einer Verwischung von Verantwortlichkeiten und einem erhöhten Bedürfnis nach Flexibilität gerecht werden.
- Bildung als Schlüssel: Moderne Aus- und Weiterbildung stärken.
- Den Vorrang tarifvertraglicher und branchenspezifischer Lösungen gewährleisten.

Die Digitalisierung von Wirtschaft und Arbeitswelt wird nur dann ein Erfolg, wenn die ganze Gesellschaft bei diesem grundlegenden Wandel mitgenom-

men wird. Es darf zu keiner Spaltung der Gesellschaft in digital Qualifizierte und in digital Geringqualifizierte kommen. Dazu sind vor allem massive Bildungsanstrengungen auf allen Ebenen erforderlich. Ziel muss die Gesellschaft 4.0 sein.

»DIE DIGITALISIERUNG IST EINE CHANCE FÜR WACHSTUM UND BESCHÄFTIGUNG«

### Fazit

Gerade in der Sozialpolitik sind alle nur denkbaren Anstrengungen der Arbeitgeberverbände von Nöten, um die exemplarisch aufgezeigten Fehlentwicklungen zu verhindern. Es geht darum, die Politik wieder auf die Themen Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit aufmerksam zu machen. Gerade letztere ist in den vergangenen zwei Jahren, vor allem bei der Schaffung sozialpolitischer Wohltaten, aus dem Fokus geraten. Das Erwirtschaften und nicht das Verteilen muss im Vordergrund stehen. Hierzu gehört auch eine nachhaltige Wachstumsdynamik, wenn die drei zentralen Herausforderungen der Zukunft – Demografie, Integration und Digitalisierung – bewältigt werden sollen.



VBCI



## **Gemeinsam arbeiten, gemeinsam Ziele erreichen**

Der VBCI ist der Arbeitgeberverband für die chemische Industrie in Bayern. Er vertritt die tarif- und sozialpolitischen Interessen seiner rund 200 Mitgliedsunternehmen. Unsere Interessenvertretung zielt darauf ab, wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen zu erhalten und zu verbessern. Dies setzt eine effektive und vertrauensvolle Arbeit in den Gremien des VBCI – Vorstand, Wirtschaftspolitischer Ausschuss, Tarifpolitischer Ausschuss, Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss – sowie in den weiteren Arbeitskreisen Berufsausbildung und Personalentwicklung voraus. Denn hier werden die Verbandspositionen erarbeitet, die die Basis für alle weiteren Aktivitäten sind. Darüber hinaus bieten wir eine umfassende juristische Betreuung der Mitgliedsunternehmen in allen tarif-, arbeits- und sozialrechtlichen Belangen sowie ein umfangreiches Weiterbildungsprogramm für deren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

### **Gremienarbeit**

Im Sozial- und Personalpolitischen Ausschuss (SPA) wurden zahlreiche wichtige Themen bearbeitet: Neben dem Thema Tarifpolitik, das in einem eigenen Kapitel behandelt wird (S. 16), beschäftigte sich der SPA mit wichtigen Entwicklungen der aktuellen Gesetzgebung. Hierbei waren insbesondere die Vorhaben der Großen Koalition zu Zeitarbeit und Werkverträgen, zum Entgeltgleichheitsgesetz, zum Mutterschutzgesetz, zu flexiblen Übergängen vom Erwerbsleben in den Ruhestand sowie zu den Voraussetzungen der Beschäftigung von Flüchtlingen und Asylbewerbern Themenschwerpunkte. Auf Anregung des SPA fand zu letztgenanntem Thema eine Informationsveranstaltung statt, die unter dem Titel „Flüchtlinge und Asylbewerber – Integration richtig gestalten, rechtliche Rahmenbedingungen und Integrationsprojekte“ Hilfestellung für unsere Mitgliedsunternehmen bieten sollte und großen Zuspruch fand.

Der SPA ist für unsere Mitgliedsfirmen auch immer eine Informationsplattform. So wurden neue Urteile des Bundesarbeitsgerichts zur Spätehenklausel bei der betrieblichen Altersversorgung und zum Verfall von Urlaubsansprüchen nach § 12 MTV Chemie erläutert.

Auch das europäische Thema „Arbeitnehmerfreizügigkeit“ wurde intensiv diskutiert. Denn sie bedeutet hier – anders als eine bedingungslose Bürgerfreizügigkeit – gerade nicht, dass man sich den Ort aussuchen darf, an dem man Sozialleistungen beziehen möchte.

Berichtet wurde auch über die am 14. April 2016 vom Plenum des Europäischen Parlaments angenommene Datenschutzgrundverordnung. Sie enthält neben 99 Artikeln Öffnungsklauseln für die Mitgliedstaaten, um nationale Regelungen in dem jeweiligen Bereich treffen zu können – z. B. für den Beschäftigtendatenschutz. Es wird daher in Zukunft sowohl auf die Regelungen der Europäischen Union als auch auf die nationale Ausgestaltung des Datenschutzes zu achten sein. Darüber hinaus ermöglicht Artikel 82 der Datenschutzgrundverordnung, dass auch Kollektivverträge – einschließlich Betriebsvereinbarungen – „spezifischere Vorschriften“ für die Verarbeitung personenbezogener Beschäftigtendaten im Beschäftigungskontext vorsehen können.

Behandelt wurde auch ein Urteil des EuGH vom 6. Oktober 2015, das große Unsicherheit bei der Datenübermittlung in die USA hervorgerufen hat. Mit diesem Urteil wurde die „Safe Harbour“-Entscheidung der Europäischen Kommission für ungültig erklärt. Mittlerweile haben die EU und die USA eine politische Einigung über einen neuen Rahmen für transatlantische Datenflüsse erzielt. Die sogenannte „Privacy-Shield“-Vereinbarung soll die vom EuGH verworfene „Safe-Harbour“-Vereinbarung ersetzen und insbesondere die USA dazu verpflichten, personenbezogene Daten zu schützen, hierzu klare Vorgaben zu machen, Kontrollmechanismen zu regeln und einen Ombudsmann einzusetzen.

Im Arbeitskreis Berufsausbildung dominierte das Thema „Integration jugendlicher Flüchtlinge in das deutsche Berufsausbildungssystem“. Einzelprojekte waren ebenso Thema wie die Anstrengungen auf bayerischer Ebene, Flüchtlinge in zweijährigen Integrationsklassen an das deutsche Ausbildungssystem heranzuführen. Weitere Themen waren Ausbildungsmarketing sowie Gesundheitsmanagement für Auszubildende.

Die Flüchtlingsproblematik wird die ausbildenden Unternehmen auch in den kommenden Jahren verstärkt beschäftigen. Die Erwartungen sind dabei ambivalent – einerseits hofft man, mittelfristig geeignete Bewerber für derzeitige Mangelberufe gewinnen zu können. Andererseits ist die Versorgung der Schüler und Absolventen der Integrationsklassen mit Praktikums- bzw.

Ausbildungsplätzen nicht einfach, da die oft nicht ausreichende sprachliche Qualifikation und die damit verbundenen Arbeitssicherheitsfragen die Firmen vor nicht geringe Anforderungen stellen. Trotz dieser Probleme hat sich eine Reihe von Ausbildungsfirmen der bayerischen chemischen Industrie bereiterklärt, Ausbildungs- und Praktikumsplätze speziell für Flüchtlinge zu schaffen.

### » NUR AUSBILDUNG BEUGT FACHKRÄFTEMANGEL VOR «

Das Ausbildungsangebot in der bayerischen chemischen Industrie bleibt weiterhin hoch, wenn auch seit drei Jahren leicht sinkend. Es ist aber zu befürchten, dass angesichts der angespannten Bewerberlage in einigen Berufen und Regionen manche Ausbildungsfirmen ihre Ausbildungsabsichten nicht realisieren konnten. Die Unternehmen sind sich bewusst, dass nur durch verstärkte eigene Anstrengungen dem drohenden Fachkräftemangel begegnet werden kann, der sich angesichts der demografischen Entwicklung und des anhaltenden Zugs hin zu den Hochschulen abzeichnet. Zahl und Qualität der Bewerber sind in einigen Berufen (Chemikant, gewerblich-technische Berufe) häufig unbefriedigend. Ausbildungsfirmen sehen sich inzwischen vermehrt gezwungen, in Nachhilfesysteme zu investieren, um die Auszubildenden auf ein adäquates Niveau zu bringen.

Die Übernahme-situation ist hingegen nach wie vor sehr gut. So wurden nach erfolgreich abgelegter Prüfung 94 % der zur Verfügung stehenden Absolventen übernommen. Vor diesem Hintergrund haben die Arbeitgeberverbände ihre Marketinginitiative Elementare Vielfalt (EIVi) weiter ausgebaut. Die Angebote kleiner und mittelgroßer Firmen werden nun stärker hervorgehoben. Ein „Ausbildungsfinder“ genannter Test, der auf dem Smartphone absolviert werden kann, soll Jugendliche zum breiten Ausbildungsangebot der Chemieindustrie führen.

Die Arbeitsgruppe Personalentwicklung diskutierte ausgiebig die Vielfalt der Bachelorabschlüsse, die bei den Unternehmen Unsicherheit hinsichtlich Qualität und Wissen bei den Studienabgängern hervorruft, sowie die Themen Krankenstand und Nachhaltigkeit von Personalentwicklungsmaßnahmen.

## Schulungen und Seminare

In über 50 Informationsveranstaltungen, Grundlagen-, Praktiker- und Zielgruppenseminaren, Workshops, Meistertreffen und Inhouse-Schulungen wurden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Mitgliedsunternehmen geschult. Der Kreis der Teilnehmer bestand aus Mitarbeitern der Personalabteilungen aller Ebenen, Meistern und Führungskräften bis hin zu den Geschäftsführern.

In der neuen Seminarreihe mit dem Titel „Workroom for New Professionals“ bieten wir Führungskräften und HR-Mitarbeitern, die neu in das Thema Personal einsteigen, das nötige Handwerkszeug, um ihnen bei der erfolgreichen Bewältigung ihrer Aufgaben den Rücken zu stärken. Das Besondere an dieser Seminarreihe ist die enge Verknüpfung zwischen juristischen Themen und praktischen Umsetzungstipps durch erfahrende Personalleiter. Ziel ist es, den Unternehmen die Möglichkeit zu bieten, ihre Mitarbeiter von Grund auf praxisnah zu schulen. Später haben die Mitarbeiter die Möglichkeit, durch Seminare für Fortgeschrittene das Praxiswissen weiter zu vertiefen.

## Prozessvertretung

Die rechtlichen Interessen der Mitgliedsunternehmen vor den Arbeits-/Sozialgerichten, dem Landesarbeits-/Landessozialgericht und auch dem Bundesarbeits-/Bundessozialgericht werden durch unsere Juristinnen und Juristen im VBCI engagiert und qualifiziert vertreten. Jährlich wird durch die Rechtsabteilung eine Vielzahl von Prozessen geführt. Das Spektrum reicht hier von Kündigungsschutzklagen über Teilzeitansprüche, Unwirksamkeit von Befristungen, Auslegung der Tarifverträge, Rechte bei Betriebsübergang, Zeugnisberichtigung, Ansprüchen im Zusammenhang mit Urlaub, Aktienoptionen, Ansprüchen aus betrieblicher Altersversorgung bis hin zu betriebsverfassungsrechtlichen Streitigkeiten wie Ersetzung der Zustimmung des Betriebsrates bei Einstellung oder Einsetzung von Einigungsstellen bei Betriebsänderungen. Für eines seiner Mitgliedsunternehmen hat der VBCI ein Gerichtsverfahren erfolgreich bis zum Bundesarbeitsgericht (BAG) geführt. Das BAG ist unserer Argumentation gefolgt, dass § 12 I Ziff. 11 MTV eine eigenständige Regelung enthalte und somit Urlaubsansprüche auch bei langanhaltender Arbeitsunfähigkeit bereits zum 31.03. des Folgejahres verfallen und nicht erst nach 15 Monaten wie beim gesetzlichen Urlaub. Dies gelang, obwohl die Vorinstanzen eine gegenteilige Meinung vertreten hatten.

Die Juristinnen und Juristen des VBCI sind daneben auch ehrenamtliche Richter am Arbeitsgericht und beim Landesarbeitsgericht München sowie beim Bundesarbeitsgericht und können so die Erfahrungen aus der Praxis aus Sicht der Arbeitgeber in die Rechtsprechung einfließen lassen.

## Weitere rechtliche Unterstützung der Mitgliedsunternehmen

Die Rechtsabteilung des VBCI steht allen Mitgliedsunternehmen auch bei Vertragsgestaltung und Verhandlungen mit dem Betriebsrat zu sämtlichen Themen der Betriebsverfassung zur Seite. Hinzu kommt die Beratung bei der Umsetzung der Tarifverträge und bei Verhandlungen mit Gewerkschaften und Betriebsräten sowie deren Rechtsanwälten zu unternehmensbezogenen Verbandstarifverträgen, bei der Nutzung der tarifvertraglichen Öffnungsklauseln, bei Betriebsvereinbarungen, Betriebsübergängen und Umstrukturierungen mit anschließendem Interessenausgleich und Sozialplan.

Die Juristinnen und Juristen des VBCI arbeiten darüber hinaus in Gremien auf Landes- und Bundesebene mit, um auch branchenübergreifend die Interessen der bayerischen chemischen Industrie zu vertreten.

## Informationsangebote

Abgerundet wird diese Unterstützung der Mitgliedsunternehmen durch das tagesaktuelle und umfangreiche Intranet des VBCI, den wöchentlichen Newsletter und das monatliche Journal. Ausführliche Arbeitshilfen mit praxisorientierten Formulierungsvorschlägen und Checklisten geben Hilfestellungen für die tägliche Personalarbeit, wie z. B. die Handbücher „Das Arbeitsverhältnis in der Chemischen Industrie“ und „Arbeitsvertragsgestaltung in der Chemischen Industrie“.

ENERGIE.  
 KLIMA.  
 UMWELT.  
 INFRASTRUKTUR

---

WOHLSTAND?

## Industrie als Quelle des Wohlstands – „It's the economy, stupid!“

Ein hohes Wohlstandsniveau ist gleichbedeutend mit guten Lebensbedingungen für möglichst alle. Ohne Frage ist mehr Wohlstand besser. Doch wie erreicht man das? Die Korrelation zwischen dem Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf und dem Wohlstand ist in allen Analysen hoch, solange Vermögen und Einkommen nicht sehr ungleich verteilt sind. Ein hohes Bruttoinlandsprodukt ist also eine Art Grundvoraussetzung. Aus welchen Wirtschaftszweigen sich ein hohes BIP speist, ist hingegen nicht relevant. Andererseits ist ein hohes BIP pro Kopf nur dann möglich, wenn es vergleichsweise hohe Produktivitätsgewinne in der Vergangenheit gab, also über die Zeit im Verhältnis zu den eingesetzten Ressourcen mehr geleistet oder produziert wurde. Es gibt Dienstleistungssektoren, in denen hohe Produktivitätsgewinne möglich sind, z. B. der IT-Sektor oder das Bankenwesen, aber bei den meisten Dienstleistungen ist dies schwer.

»DEUTSCHLANDS WEG ZUM WOHLSTAND WAR UND IST DER WEG EINER INDUSTRIEGESELLSCHAFT.«

Staaten haben diesbezüglich unterschiedliche Strategien verfolgt. Deutschland hat den Wandel zu einer Dienstleistungsgesellschaft nicht vollzogen. Deutschlands Weg zum Wohlstand war und ist der Weg einer Industriegesellschaft. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 - 2011 hat sich gezeigt, dass dies ein Glück für uns und unseren Wohlstand war.

Beim Weg zum Industrieland hat Bayern – einst vorwiegend agrarisch und handwerklich geprägt – dabei nicht zuletzt durch wichtige infrastrukturelle Weichenstellungen, wie dem Bau der TAL-Erdölpipeline aus Triest oder dem Ausbau der Atomkraft und dadurch einer verlässlichen Versorgung mit günstigem Strom, profitiert und sich damit heute den höchsten Industrialisierungsgrad in Deutschland erarbeitet. Bayern ist heute größter Einzahler in den Länderfinanzausgleich, hat das größte BIP pro Kopf der Flächenländer, hat eine geringe Arbeitslosigkeit, einen ausgeglichenen Staatshaushalt und – sehr großen Wohlstand.

Nach Metall/Elektro ist die chemische Industrie einer der größeren Industriezweige in Bayern, in Deutschland der drittgrößte. Wichtiger noch als die Größe ist der Vernetzungsgrad mit anderen Wirtschaftszweigen zu bewerten, um die Bedeutung der chemischen Industrie für Bayern und Deutschland zu beurteilen. Die chemische Industrie liefert an so gut wie alle anderen produzierenden Branchen. Gleichzeitig sind die Grenzbereiche der Chemie zu anderen Branchen sowie die Branche selbst der Innovationstreiber der Gesamtwirtschaft schlechthin und zugleich einer der wenigen Wachstumsgaranten für die zukünftige Entwicklung Bayerns. Im Interesse eines nachhaltigen Wohlstands sollte es daher uns allen ein Anliegen sein, die Chemie und die Industrie insgesamt stark zu halten, wettbewerbsfähiger zu machen und am besten ihren Anteil zu erhöhen.

#### »DIE CHEMIE IST INNOVATIONSTREIBER DER GESAMTWIRTSCHAFT UND WACHSTUMSGARANT«

Die EU, die Bundesregierung und viele andere Länderregierungen haben entsprechend dieser Analyse auch eine Stärkung der Industrie, eine „Re-Industrialisierung“, eine höhere Industriequote, etc. als vordringliche Ziele formuliert. Auf allen Ebenen ist die Wertschätzung für die industrielle Wertschöpfung vorhanden und die Notwendigkeit ihrer Stärkung anerkannt.

#### „Reality Check“ – Was passiert wirklich?

Seit dem Beginn der Arbeit der Großen Koalition haben allerdings andere Themen die politische Arbeit dominiert: Mindestlohn, „Rente mit 63“, Regulierung der Zeitarbeit und der Werkverträge. Gleichzeitig – und von der Öffentlichkeit teils nicht so stark bemerkt – werden Gesetzesvorhaben auf den Weg gebracht, welche die industrielle Wertschöpfung gefährden:

Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie, „Reform“ des EEG, zusätzliche Belastungen durch die künstliche Verteuerung der CO<sub>2</sub>-Zertifikate, die Schaffung von weiteren Unsicherheiten und somit Investitionshemmnissen für Betriebe mit Eigenstromversorgung und die Gefährdung von mittelständischen Familienbetrieben durch die Reform der Erbschaftssteuer.

In der Stoffpolitik werden – durch deutsche Behörden vorangetrieben – u. a. Grenzwerte gefordert, die unterhalb der Erfassungsgrenze liegen. Auch in

der Umweltpolitik wird ohne Not weiter verkompliziert – oftmals ohne signifikanten Nutzen für die Schutzgüter. All dies sind nur Beispiele.

Auf der anderen Seite der Waagschale fallen die Aktivitäten dagegen nicht sehr ins Gewicht: Bündnis „Zukunft der Industrie“, Pharmadialog, Branchendialog Chemie – auf Bundes- und Landesebene.

Man muss zu dem Schluss kommen, dass die Stärkung der Industrie ein reines Lippenbekenntnis ist und faktisch in der Flut der Regulierungsanstrengungen der EU und des Bundes kläglich ersäuft.

#### »DIE STÄRKUNG DER INDUSTRIE IST EIN REINES LIPPENBEKENNTNIS UND ERSÄUFT KLÄGLICH IN DER FLUT DER REGULIERUNGSANSTRENGUNGEN«

Die Bayerische Staatsregierung und die Arbeit der bayerischen Ministerien heben sich diesbezüglich ab. Auch die Wirtschaftsministerkonferenz der Länder setzt in ihren Beschlüssen immer wieder industriepolitische Signale. Dennoch bleibt gerade im Zusammenspiel von EU, Bund und Ländern ein echter industriepolitischer Ansatz auf der Strecke. Die Hauptthemen aus Sicht der bayerischen Chemie waren und sind dabei: Die Klima-, Energie- und Umweltpolitik sowie die Stoffregulierung und Infrastrukturthemen.

#### Klimapolitik

Von 1990 bis 2014 hat die chemische Industrie die Treibhausgasemissionen um 47 % gesenkt. Der Energieverbrauch sank im gleichen Zeitraum um 19 %, obwohl die Produktion um 62 % zugenommen hat. Damit hat die Branche nachweislich einen überdurchschnittlichen Beitrag zum Klimaschutz geleistet. Zusätzlich helfen innovative Produkte und Technologien aus der Chemie, wie Leichtbaumaterialien, LEDs oder Dämmstoffe, um einige Beispiele zu nennen, Emissionen zu senken.

#### »DIE CHEMIE HAT NACHWEISLICH EINEN ÜBERDURCHSCHNITTLICHEN BEITRAG ZUM KLIMASCHUTZ GELEISTET«

Damit die chemische Industrie auch in Zukunft ihren Beitrag leisten kann, muss der Klimaschutz im Einklang mit dem Erhalt der internationalen Wettbewerbsfähigkeit stehen. Durch die Rechtsmechanik des Europäischen

Emissionszertifikatehandels (ETS) wird eine CO<sub>2</sub>-Reduktion von 87 % bis 2050 in den daran teilnehmenden Sektoren – also unter anderem in der Energiewirtschaft und dem Großteil der Chemie – erreicht. Damit leisten die am ETS beteiligten Sektoren derzeit einen weit überproportionalen Anteil an der CO<sub>2</sub>-Reduktion in Europa – Zusatzbelastungen, denen globale Wettbewerber außerhalb der EU nicht unterliegen. Weitergehende Belastungen der ETS-Sektoren im Rahmen von nationalen Zusatzanstrengungen wie dem „Klimaschutzplan 2050“ müssen unbedingt vermieden werden. Denn neben der weiteren Schwächung des hiesigen Industriestandorts und der Gefahr von Produktionsverlagerungen in Drittstaaten (Carbon Leakage) sind sie in der europäischen Gesamtbetrachtung völlig wirkungslos.

## Energiepolitik

In der Energiepolitik ist ein Paradigmenwechsel nötig. Das heutige System rund um das EEG ist nicht mehr reparier- oder reformierbar. Die Energiepolitik hat sich völlig fehlentwickelt und gefährdet den gesamten Wirtschaftsraum, ohne auch nur ein einziges der drei energiepolitischen Ziele Zuverlässigkeit, Umweltverträglichkeit und Bezahlbarkeit zu erreichen. Durch die planwirtschaftlichen Eingriffe des EEG wurde eine Subventionsmaschine ins Leben gerufen, die mittlerweile dazu geführt hat, dass eine Fördersumme von knapp über 23 Mrd. EUR für Strom aus erneuerbaren Energiequellen einem zugehörigen Börsenwert von nicht einmal 2 Mrd. EUR gegenübersteht.

### »DIE ENERGIEPOLITIK HAT SICH VÖLLIG FEHLENTWICKELT UND GEFÄHRDET DEN GESAMTEN WIRTSCHAFTSRAUM«

Der Strommarkt ist so verzerrt, dass fast alle konventionellen Kraftwerke nicht einmal mehr die Kapitalkosten erwirtschaften können, obwohl sie weiterhin dringend gebraucht werden. Die CO<sub>2</sub>-Emissionen werden indes durch nationale Konzepte wie unser EEG und den weiteren Ausbau erneuerbarer Energien nicht gesenkt, weil dies allein über das europäische Zertifikatesystem (ETS) geregelt ist. Die Versorgungssicherheit nimmt aufgrund der immer angespannteren Lage in den Netzen und im Kraftwerkpark weiter ab.

Durch den Beschluss, die großen Leitungen nun unterirdisch zu bauen, nehmen nicht nur die Kosten zu – vor allem der Fertigstellungstermin verzögert sich wohl auf einen Zeitpunkt Jahre nach dem planmäßigen Abschalten des letzten bayerischen Kernkraftwerks. Auch das erhöht nicht die Versor-

gungssicherheit oder senkt die Kosten. Es droht mehr denn je eine Teilung Deutschlands in unterschiedliche Preiszonen mit nachteiligen Konsequenzen für Bayern.

Und als wäre das nicht genug, ist die Planungsunsicherheit für unsere Unternehmen unerträglich. Man denke nur an Netzentgelte, Besondere Ausgleichsregelung und den gefährdeten Bestandsschutz beim Eigenstrom. Es ist fast tragisch, dass viele der Unsicherheiten allein der Tatsache geschuldet sind, dass Deutschland einen inhaltlich unsinnigen Alleingang in Europa vollzieht – ein „Vorreiter“, dem keiner nachreitet.

## Umwelt- und Stoffpolitik

Die Bundesumweltministerin hat im Zuge der Entgegennahme des aktuellen Umweltgutachtens des Sachverständigenrates für Umweltfragen (SRU) ein verstärktes Engagement für die Verankerung umweltpolitischer Maßnahmen auch in anderen Politikbereichen angekündigt. Eine inhaltliche Kohärenz der einzelnen Politikressorts ist dabei grundsätzlich erstrebenswert, allerdings muss das auch für die Wirtschaftspolitik gelten. So sind es gerade aktuelle Vorstöße der Umweltadministration, die eine solche inhaltliche Kohärenz stark vermissen lassen.

Im Zuge der Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie zur Beherrschung von Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen hätte ein „Klarstellungsbedarf“ aus Sicht des BMUB für das sogenannte Abstandsgebot beinahe dazu geführt, dass Neu- oder Änderungsgenehmigungen für bestimmte Betriebsvorhaben in Gemengelagen – also in Industriegebieten, deren Nachbarschaft über die Jahrzehnte an den Werkszaun herangerückt ist – massiv erschwert bis unmöglich gemacht worden wären.

Ein industriepolitisches Desaster, das nur mit massivem Widerstand von Verbänden, Unternehmen, aber auch einzelner Länderressorts – darunter Bayern – in dieser Form verhindert werden konnte. Warum aber muss es erst soweit kommen?

Ein zuverlässiges, rechtssicheres und effizientes Anlagenzulassungsrecht muss wieder stärker als ein wichtiger Standortfaktor verstanden werden, den man hierzulande (noch) als Plus verbuchen kann. Durch die kontinuier-

lichen Verschärfungen und Verkomplizierungen des Genehmigungsrechtes in fast allen Umweltmedien – teils europarechtlich, teils national getrieben – werden Anlagenzulassungen aber sowohl für Betreiber als auch Behörden immer schwerer umsetzbar und schlechter planbar.

#### »EIN ZUVERLÄSSIGES, RECHTSSICHERES UND EFFIZIENTES ANLAGENZULASSUNGSRECHT IST EIN WICHTIGER STANDORTFAKTOR«

Daneben sorgt das europäische Stoffrecht mit der Sensibilität einer Dampfwalze durch Verwendungsbeschränkungen und Zulassungspflichten für eine Ausdünnung der Stoffbasis und für kaum noch handhabbare Vorgaben. Allein für die europäische Chemikalienverordnung REACH gibt es laut Webseite der europäischen Chemikalienagentur ECHA 21 Leitlinien-Dokumente, die oft 100 Seiten umfassen und manchmal auch auf mehrere Zusatzdokumente Bezug nehmen. Wie soll diese Komplexität, die überdies kontinuierlich wächst und ständigen Veränderungen unterliegt, eigentlich ein mittelständisches Unternehmen noch handhaben? Wo ist der industriepolitische Ansatz an dieser Stelle?

#### Infrastruktur

Infrastruktur muss eine Vorleistung des Staates sein. An verschiedenen Infrastrukturmaßnahmen kann man sehen, dass – wenn sie sinnvoll gewählt sind – private Investitionen folgen: Ein gutes Beispiel ist die 2013 in Betrieb genommene Ethylen-Pipeline-Süd. Das zum Teil staatlich geförderte länderübergreifende Infrastrukturprojekt hat Investitionen der Unternehmen in Höhe von mehreren hundert Millionen Euro in der Region bewirkt. Auch bei Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen muss diese Reihenfolge – erst Infrastruktur, dann Wachstum – gelten. Es ist daher höchste Zeit geworden, dass der Ausbau der A 94 erfolgt. Auch bei der ABS 38, bei der dritten Startbahn des Münchner Flughafens und bei der weiteren Anbindung des Chemiedreiecks Richtung Osten müssen die nächsten Schritte ohne Verzug angegangen werden.

Neben der für die chemische Industrie traditionell zentral bedeutsamen Grundvoraussetzung, stoffliche Produkte und Waren transportieren zu können, wird der gesicherte und schnelle Transport von Daten rasant an Be-

deutung gewinnen – auch für die Prozessindustrie. Die digitale Infrastruktur in Deutschland ist unzureichend, insbesondere in ländlicheren Gegenden, wo vor allem dem Mittelstand droht, in Bezug auf Digitalisierung der Abläufe den Anschluss zu verlieren. Um von einer möglichen Produktivitätssteigerung durch Digitalisierung im globalen Wettbewerb profitieren zu können, wird ein Ausbau der vorhandenen Infrastruktur nötig sein. Daneben ist sicher auch die Stärkung von Kompetenzen im Bereich Cybersicherheit und Datenschutz sowie ein gemeinsamer europäischer Rechtsrahmen wichtig – ohne an dieser Stelle gleich ein neues europäisches Bürokratiemonster zu erschaffen.

#### »STAATLICHE INVESTITIONEN IN INFRASTRUKTUR KURBELN REGIONALES WIRTSCHAFTSWACHSTUM AN«

Auch als Folge der Überbürokratisierung und Regulierungswut aus Brüssel hat sich die Mehrheit der Briten am 23. Juni 2016 gegen den Verbleib in der EU entschieden. Der Brexit ist nicht nur eine traurige Entwicklung im Sinne der europäischen Idee, sondern eine dramatische Bewegung gegen eine starke europäische Wirtschaftsunion, die sich anderen globalen Wirtschaftsmächten geeint entgegenstellen kann. Wie genau sich der europäische Binnenmarkt, gegenseitige Direktinvestitionen und der Handel in den kommenden Jahren verändern werden, dazu kann man zu diesem Zeitpunkt nur mutmaßen. Klar ist aber schon jetzt: Der erklärte Austrittswille der Briten aus der EU hinterlässt eine weitere große Unsicherheit im wirtschaftspolitischen Gefüge.

Wenn wir also im Umfeld eines immer härter werdenden internationalen Wettbewerbs, zahlreicher Herausforderungen und Megatrends unserer Zeit im Interesse eines nachhaltigen Wohlstands den erfolgreichen Weg Deutschlands – den einer Industriegesellschaft – weiter gehen wollen, müssen wir Appelle für Industrieakzeptanz und Bündnisse für Industrie ernst meinen. Solche Initiativen müssen in fairer Interessenabwägung, frei von ideologischer Prägung, in eine konsistente Politik aller Ressorts münden.



## Innovationsfähigkeit als Schlüssel für die Standortsicherung

In der Innovationsfähigkeit liegt der Schlüssel für langfristig sichere Arbeitsplätze des Industriestandorts Bayern und somit auch unseres Wohlstands. Bayern ist rohstoffarm. Wir haben keine günstige Energiequelle (mehr) und liegen transportlogistisch nicht im Zentrum eines starken Wachstumsmarktes für Chemie.

Bisher konnten wir diese Nachteile über bessere Technologien, also effizientere Prozesse (u. a. Verbundstandorte) bzw. höhere Produktqualität, kompensieren und so unseren Status als Exportweltmeister sichern. Den technologischen Vorsprung kann man nur mit Innovationen aufrechterhalten. Aber der Wettbewerb im Bereich der Innovationen wird härter: Mittlerweile stammen 40 % der internationalen Patentanmeldungen in der chemischen Industrie aus Asien und 25 % aller wissenschaftlichen Publikationen kommen aus China.

»OHNE DIE CHEMISCHE INDUSTRIE WIRD ES KEINE LÖSUNGEN FÜR DIE GLOBALEN HERAUSFORDERUNGEN GEBEN«

Dennoch sind die Nachfrage und die Herausforderungen zur Lösung der globalen Themen Ernährung und Gesundheit, Wasser und Energieversorgung, Lebensqualität und Mobilität größer denn je. Und ohne die chemisch-pharmazeutische Industrie wird es keine Lösung geben.

Für unsere Branche bedeutet dies die Bereitstellung ressourcenschonender und technologisch hochanspruchsvoller Materialien, die Erarbeitung von Strategien zur Sicherheit der Rohstoffversorgung, die Entwicklung verfahrenstechnischer Anlagen, die ökonomischer und ökologischer sind, genauso wie die Entwicklung neuer Arzneimittel und Diagnostikmethoden in der Medizin. Und noch besteht die Chance, an diesem Wachstum zu partizipieren.

Eine aktuelle Studie des VCI mit dem Titel: „Innovationen den Weg ebnen“ zeigt fünf externe Faktoren als die größten Innovationshemmnisse auf: Regulierung und Bürokratie, Fachkräftemangel, gesellschaftliche Akzeptanz, Hürden bei der Zusammenarbeit verschiedener Organisationen sowie das Thema Finanzierung/Förderung. Neben diesen externen Hemmnissen für Innovation werden in der Studie auch zahlreiche interne Hemmnisse identifiziert.

Der neu formierte Arbeitskreis Innovation – hervorgegangen aus dem AK Forschung – will sich unter Leitung von Herrn Dr. Stebani all dieser Themen strukturiert annehmen und konkrete Empfehlungen an Politik und Firmen herausarbeiten. Ein wichtiges Handlungsfeld ist aber schon jetzt offensichtlich: Die Bildungspolitik.

### **Bildung ist das wichtigste Asset für die Innovationsfähigkeit**

Der erste Schritt der Innovation, die Invention (= Erfindung), setzt exzellente Wissenschaftler und Ingenieure voraus. Es ist besorgniserregend, dass durch den Wechsel vom G9 zum G8 an den Gymnasien – bzw. eigentlich nur durch die Wahlregeln der Abiturfächer im G8 – ein Rückgang der Naturwissenschaften im Abitur um über 85 % zu verzeichnen ist. Gleichzeitig werden in der Oberstufe der bayerischen Gymnasien immer weniger naturwissenschaftliche Fächer belegt, weil sie nicht mehr belegt werden müssen oder das Interesse hieran zu gering ist. Das Interesse wird ggf. schon an den Grundschulen zu wenig geweckt und gefördert.

Dadurch nehmen Qualität und Quantität des wissenschaftlichen Nachwuchses ab, obwohl genau das bisher unsere große Stärke war. Gleichzeitig führt eine geringere naturwissenschaftliche Bildung auch zu Akzeptanzfragen in der Gesellschaft – ein nicht zu unterschätzendes Problem.

### »DIE ENTWICKLUNG BEI QUALIFIZIERTEN FACHKRÄFTEN BEREITET WEITER GROSSE SORGEN«

Auch die Entwicklung bei qualifizierten Fachkräften bereitet weiter große Sorgen: Einerseits geht der Trend immer mehr zu akademischer Bildung und immer weniger zu Ausbildungsberufen und andererseits führt auch die demographische Entwicklung zu insgesamt schrumpfenden Absolventenzahlen. Wir brauchen aber beides: Hoch qualifizierte Naturwissenschaftler und gut ausgebildete Facharbeiter im Schichtbetrieb für die Produktion!

Die Bayerischen Chemieverbände engagieren sich deshalb intensiv bei diesen Themen – sowohl über die verbändeübergreifende politische Arbeit, als auch ganz konkret mit Seminaren für Lehrer aller Schularten oder mithilfe unserer Schülertage an den bayerischen Universitäten.

Insbesondere die Seminare für Grundschullehrer – einem der wichtigsten Hebel – konnten in letzter Zeit massiv ausgebaut werden. Wir haben – auch dank

der Förderung durch den Fonds der Chemischen Industrie – im vergangenen Jahr ca. 350 Lehrer aus über 300 Grundschulen in Bayern mit Lehrmaterial und den für Grundschulen fachdidaktisch reduzierten Unterrichtselementen und Praxishilfen ausstatten können.

### **Forschungsförderung**

Es liegt ein großes Innovationspotenzial brach, weil Forschungsförderung in Deutschland nicht optimal ist. Förderprojekte (ob in EU, Bund oder Bayern) sind zu langsam, zu kompliziert und zu bürokratisch, um breit – also auch von kleineren Firmen – genutzt werden zu können. Hier wäre z. B. die steuerliche Forschungsförderung ein längst überfälliges Mittel, um das Potenzial zu heben, wie dies in vielen anderen Ländern bereits geschieht.

### **Rahmenbedingungen für den Markteintritt**

Nach der Invention folgt die Entwicklung zur Marktreife, die „Fertigstellung“ der Innovation. Hierbei steckt vor allem ein großes Potenzial in Kooperationen entlang der Wertschöpfungskette. Kaum ein Unternehmen ist heute in der Lage, eine Innovation im Alleingang zu realisieren. Bayern ist hier mit seiner Cluster-Offensive gut aufgestellt und das Chemie-Cluster Bayern wird deshalb seitens der Bayerischen Chemieverbände finanziell unterstützt. Dennoch gibt es Bedarf für eine weitergehende interdisziplinäre Verzahnung von Hochschulforschung und Industrie – schon bisher eine besondere Stärke Bayerns.

Ein „Home Market“ ist aber auch für die hiesige Entwicklung und Weiterentwicklung von Produktionsprozessen wichtig – ganz abgesehen von der Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen.

Nur wenn die Innovation letztlich auch zu Wertschöpfung und Arbeitsplätzen in unserer Volkswirtschaft führt oder führen kann, ist eine Forschungsförderung oder überhaupt die Forschung aus Sicht der Volkswirtschaft sinnvoll. Daher müssen wir auch für die Produktion die richtigen Rahmenbedingungen in Bayern haben: Angefangen von Akzeptanz in der Bevölkerung, über Kostenaspekte, regulatorische Anforderungen, über Infrastruktur- bis hin zu Ansiedlungsthemen muss sich noch einiges ändern.

(Die erwähnte VCI-Innovationsstudie ist unter <https://www.vci.de/vci/downloads-vci/publikation/vci-innovationsstudie-langfassung.pdf> zu finden)



VCI

BAYERN

Der VCI-Landesverband Bayern vertritt die wirtschaftspolitischen Interessen seiner Mitgliedsfirmen gegenüber Politik, Behörden, anderen Bereichen der Wirtschaft sowie der Wissenschaft und den Medien. Hierzu wird in den für die Branche relevanten Handlungsfeldern ein stetiger Erfahrungsaustausch im Rahmen zahlreicher Gremien gepflegt, um die Branchenmeinung der chemisch-pharmazeutischen Industrie in Bayern zu wichtigen industriepolitischen Weichenstellungen, aktuellen Regulierungsvorhaben und deren Vollzug in Bayern zu aggregieren sowie ferner pragmatische und praxisnahe Lösungsansätze zu entwickeln.

Der Arbeitskreis Energiepolitik – seit Mitte letzten Jahres unter neuem Vorsitz von Herrn Albert Franz – beschäftigt sich deshalb intensiv mit den hiesigen energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen. Inhaltlich standen die erheblichen Planungs- und Kostenunsicherheiten als Resultat der ausufernden EEG-Subventionssystematik im Vordergrund. Die ungebremste Kostendynamik der EEG-Umlage, zunehmende beihilferechtliche Streitpunkte und Kuriositäten, wie die drohende EEG-Belastung von Bestandsanlagen zur Eigenstromerzeugung nach 2017 oder die Vorgabe eines amtlichen Durchschnittsstrompreises bei der Beantragung der Besonderen Ausgleichsregelung, offenbaren nicht zuletzt eine fundamentale Schiefelage der gesamten Energiepolitik. Mit der EEG-Novelle 2016 soll zwar erstmals versucht werden, den bislang unkontrollierten Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) durch Ausschreibungen in ein geordnetes Wachstum zu überführen. Aber auch das kann nur ein erster Schritt sein – denn das EEG muss endlich grundlegend angegangen werden und braucht ein neues Finanzierungskonzept.

## Energie- und Klimapolitik

Energie ist ein wichtiger Rohstoff der chemischen Industrie – eine sichere und wettbewerbsfähige Energieversorgung ist daher ein zentraler Produktionsfaktor.

»DAS EEG MUSS ENDLICH GRUNDLEGENDE ANGEANGEN  
WERDEN UND BRAUCHT EIN NEUES FINANZIERUNGSKONZEPT«

Der Arbeitskreis Energiepolitik – seit Mitte letzten Jahres unter neuem Vorsitz von Herrn Albert Franz – beschäftigt sich deshalb intensiv mit den hiesigen energie- und klimapolitischen Rahmenbedingungen. Inhaltlich standen die erheblichen Planungs- und Kostenunsicherheiten als Resultat der ausufernden EEG-Subventionssystematik im Vordergrund. Die ungebremste Kostendynamik der EEG-Umlage, zunehmende beihilferechtliche Streitpunkte und Kuriositäten, wie die drohende EEG-Belastung von Bestandsanlagen zur Eigenstromerzeugung nach 2017 oder die Vorgabe eines amtlichen Durchschnittsstrompreises bei der Beantragung der Besonderen Ausgleichsregelung, offenbaren nicht zuletzt eine fundamentale Schiefelage der gesamten Energiepolitik. Mit der EEG-Novelle 2016 soll zwar erstmals versucht werden, den bislang unkontrollierten Ausbau der erneuerbaren Energien (EE) durch Ausschreibungen in ein geordnetes Wachstum zu überführen. Aber auch das kann nur ein erster Schritt sein – denn das EEG muss endlich grundlegend angegangen werden und braucht ein neues Finanzierungskonzept.

Der weitgehend unkontrollierte Zubau volatiler erneuerbarer Energien führt überdies zu weiteren Sachzwängen, wie dem Netzausbau. Eine aktuelle Umfrage zur Stromqualität in den bayerischen Mitgliedsfirmen zeigt, dass zumindest die Versorgungssicherheit, trotz gestiegener Anzahl an Netzein-griffen, noch auf hohem Niveau gewährleistet ist. Die jüngste Diskussion des AK Energiepolitik mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT lässt dies zumindest grundsätzlich auch für die Zukunft hoffen. Die zunehmende Unrentabilität des konventionellen Kraftwerkparks bei hinterherhinkendem (vorrangig erdverkabeltem) Netzausbau schürt aber die Sorge weiterer Kosten. Dabei wiegt auch das immer wieder von der EU-Kommission gezeichnete Szenario eines geteilten deutschen Strommarktes schwer.

Neben den zu erwartenden Kostensteigerungen gibt es bei den Netzentgelten überdies auch noch zusätzliche Unsicherheiten: Auf europäischer Ebene das anhängige Beihilfeverfahren zu Netzentgeltbefreiungen und auf nationaler Ebene den Beschluss des Bundesgerichtshofs, der die Regelung zur bundesweiten Wälzung entgangener Netzentgelte nach alter und neuer Stromnetzentgeltverordnung für nichtig erklärt.

#### » DIE PLANUNGSUNSICHERHEIT BEI DEN ENERGIEPOLITISCHEN RAHMENBEDINGUNGEN IST KAUM NOCH ERTRÄGLICH «

Während die Subventionsmaschinerie für EE-Anlagen weiterhin auf hohen Touren läuft, hat man bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) nun auf die Bremse getreten. Obgleich der Gesetzgeber im Zuge des Anfang des Jahres in Kraft getretenen KWK-Gesetzes, auf Druck der Verbände, einige Verbesserungen des ursprünglichen Entwurfs ermöglichte, wurden mit der Unterscheidung zwischen der Förderung von KWK-Strom für die öffentliche und industrielle Versorgung Hemmschwellen für den Ausbau industrieller KWK geschaffen. Die bislang fehlende Notifizierung des rechtskräftig verabschiedeten Gesetzes (!) durch die EU-Kommission fügt sich überdies nahtlos in die energiepolitische Planungsunsicherheit ein.

Auf Ebene der Klimapolitik bahnen sich im Zuge der anstehenden Reform des EU-Emissionshandels für die Zeit nach 2020 erhebliche Verschärfungen und somit weitere Kostensteigerungen, insbesondere für die energieintensiven Industrien Europas, an. Trotz der europäischen CO<sub>2</sub>-Bilanzierung über das ETS (!) werden aber auch die nationalen Klimaschutzanstrengungen

weiter vorangetrieben und derzeit im Klimaschutzplan 2050 für die nächsten Jahre vorskizziert. Hier setzen wir uns mit Nachdruck dafür ein, dass es zu keiner weiteren Belastung der dem ETS unterliegenden Sektoren kommt. Dass die chemische Industrie überdies ihrer Verantwortung gerecht wird, zeigt auch die Unterstützung der derzeit im Aufbau befindlichen Energieeffizienznetzwerke im Rahmen des Nationalen Aktionsplans Energieeffizienz (NAPE) – ein erstes bayerisches Chemie-Energieeffizienz-Netzwerk gibt es schon in Gersthofen.

#### Umwelt- und Stoffpolitik

Die scheinbar vorprogrammierte „regulatorische Evolution“ hin zu immer größerer Komplexität zeigt sich bei der Umweltgesetzgebung besonders deutlich.

#### » KOMPLEXITÄT SCHEINT REGULATORISCHER IMPERATIV IN DER UMWELTGESETZGEBUNG ZU SEIN «

Deshalb beschäftigen sich auch insgesamt fünf Arbeits- und Expertengruppen sowie -dialoge mit den regulatorischen Aktivitäten der Umwelt- und Stoffpolitik wie auch deren Umsetzung.

Bei den Umweltmedien-bezogenen Regelwerken mit Vorgaben für die Zulassung von Chemieanlagen stellte sich insbesondere die nationale Umsetzung der Seveso-III-Richtlinie zur Beherrschung von Gefahren schwerer Unfälle mit gefährlichen Stoffen als industriepolitisches Damoklesschwert heraus. Nur durch massiven Widerstand des VCI – nicht zuletzt auf bayerischer Ebene – konnte in den Ressortverhandlungen erreicht werden, dass die Einhaltung des Abstandsgebots zwischen Betriebsbereichen (nach Störfallverordnung) und schutzbedürftigen Nutzungen (z. B. Wohngebieten) nicht grundsätzlich den Betreibern als Genehmigungsvoraussetzung auferlegt wurde. Dies hätte Vorhaben in Gemengelage erheblich erschwert oder sogar verhindert. Es muss nun aber auch im weiteren Gesetzgebungsprozess oberstes Gebot sein, dass Betrieb und Ausbau mit effizienten Genehmigungsverfahren an Industriestandorten weiterhin möglich sind, auch dann, wenn die Nachbarschaft herangerückt ist.

Neben der Seveso-III-Umsetzung beschäftigten uns aber auch zahlreiche weitere Regulierungsvorhaben, wie die Neufassung der Oberflächen-gewässerverordnung, die laufende Novelle der technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft („TA Luft“) oder die geplante Verdunstungskühlanlagenverordnung. In Summe offenbart sich die Tendenz einer zunehmenden Verkomplizierung von Anlagengenehmigungsverfahren bei sinkender Rechtssicherheit. Für genehmigungsrechtliche Fragen bewährte sich deshalb der Austausch im Rahmen des Expertendialogs Umwelt mit Vertretern der Umweltadministration, um aktuelle Regulierungsvorhaben und die Auswirkung auf den Vollzug frühzeitig zu betrachten und Probleme sowie Lösungen auf fachlicher Ebene zu diskutieren.

#### » DIE ETABLIERTEN DIALOGPLATTFORMEN IM UMWELTBEREICH HABEN SICH SEHR BEWÄHRT «

In gleichem Maße bewährte sich das analoge Dialogformat für den Themenbereich Stoffpolitik, bei dem auf regelmäßiger Basis branchenübergreifend und mit Vertretern des Wirtschafts- und Umweltministeriums die aktuellen Entwicklungen und Umsetzungsfragen zur Chemikalienregulierung erörtert werden. Dabei zeigt sich, dass die Vorgaben der EU-Chemikalienverordnung REACH die chemische Industrie wie auch nachgelagerte Branchen vor erhebliche Herausforderungen stellen. So führen u. a. die Ausweitung der Zulassungspflicht und restriktive Beschränkungsvorschläge für die Verwendung von besonders besorgniserregenden Stoffen (SVHC) dazu, dass ganze Wertschöpfungsketten, wie z. B. die Herstellung technischer Textilien, in ernste Bedrängnis geraten. Auch überlagert REACH zunehmend etabliertes Risikomanagement anderer Rechtsbereiche, wie z. B. im Arbeitsschutz, und erzeugt inhaltliche Inkohärenzen.

Daneben führt die europäisch harmonisierte Einstufungs- und Kennzeichnungssystematik nach der CLP-Verordnung für Stoffe und Gemische in bezugnehmenden nationalen Regelwerken zu teils rein systemisch bedingten Verschärfungen ohne verändertes Gefährdungspotential. Werden darüber hinaus Stoffe nach CLP umgestuft, so kann dies zu einer Kaskade an weitreichenden und gravierenden Rechtsfolgen in nachgelagerten Regelwerken führen, wie das am Beispiel Formaldehyd, u. a. im Immissions-, Arbeits- und Gewässerschutz zu sehen ist.

Fortschritte konnten hingegen bei der europäischen Harmonisierung der Meldung gefährlicher Gemische an Giftinformationszentren nach Artikel 45 der CLP-Verordnung erzielt werden. Hier sind in einem weitgehend pragmatischen Ansatz nun EU-weit einheitliche Vorgaben dieser Meldepflichten in einer zeitlich gestaffelten Umsetzung ab dem 1. Juli 2019 geplant. Um aber einen unmittelbaren Übergang der derzeitigen Rechtslage in Deutschland auf die EU-weiten Anforderungen ab Mitte 2019 zu gewährleisten, war es hierzulande umso wichtiger, dass die geltende nationale Übergangsregelung (nach § 28 Absatz 12 des Chemikaliengesetzes) bis dahin verlängert wurde. Diese Verlängerung mit der entsprechenden Planungs- und Rechtssicherheit für die Unternehmen ist nun erfolgt – nicht zuletzt auch durch den erheblichen Einsatz des VCI und seiner Landes- und Fachverbände. Denn einige Länder hatten sich gegen die Fristverlängerung ausgesprochen und – wenig nachvollziehbar – noch vor der EU-Harmonisierung der Meldepflichten einen bürokratischen und teuren Systemwechsel auf deutscher Ebene eingefordert.

#### » DAS BEKENNTNIS ZUR VERWALTUNGSVEREINFACHUNG IM NEUEN UMWELTPAKT IST ZU BEGRÜSSEN «

Neben vielen ordnungsrechtlichen Themen im Umweltbereich haben uns letztes Jahr auch die Verhandlungen zum neuen Umweltpakt intensiv beschäftigt, der seit 1995 nun zum fünften Mal unterzeichnet wurde. Maßgabe für eine Fortführung war und ist aus Sicht des Landesverbandes, dass das ursprüngliche Credo des Umweltpaktes – kooperativer statt konfrontativer Umweltschutz – bei steigendem Erfüllungsaufwand und zunehmender Komplexität im Umweltbereich wieder stärker auf allen Ebenen in der Umweltadministration mit Leben zu füllen ist.

Zu begrüßen ist daher das Bekenntnis zur Verwaltungsvereinfachung, das in einer auf höchster Ebene der Paktunterzeichner angesiedelten, ständigen „Dialogplattform Verwaltungsvereinfachung“ institutionalisiert wurde. Wir werden das Angebot annehmen und für die Chemiebranche wichtige Themen im bayerischen Vollzug ansprechen.

## Nachhaltigkeit

Im Jahr 2016 feiert Responsible Care (RC) in Deutschland Jubiläum – seit einem Vierteljahrhundert ist diese Initiative für verantwortungsbewusstes Handeln in den Bereichen Umwelt, Sicherheit und Gesundheit fester Bestandteil der deutschen Chemieindustrie und wird es auch zukünftig sein. Die Bilanz von 25 Jahren RC zeigt eine Erfolgsstory mit weitreichenden Fortschritten in den Bereichen Umwelt, Gesundheit, Sicherheit, Transport und Standortkommunikation. Wie sich verantwortungsbewusstes Handeln unter RC in der betrieblichen Praxis ausdrückt, konkretisierte auch wieder der diesjährige RC-Wettbewerb unter dem Motto des Jubiläumsjahres.

### » RESPONSIBLE CARE IST SEIT 25 JAHREN TEIL DER CHEMISCHEN INDUSTRIE IN DEUTSCHLAND «

Responsible Care ist darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zu Chemie<sup>3</sup>, der Dachinitiative von VCI, BAVC und IG BCE, welche die Nachhaltigkeitsanstrengungen der Branche bündelt und auch in diesem Jahr durch Unterstützungsangebote (wie dem Nachhaltigkeits-Check oder dem Leitfaden zur Nachhaltigkeits-Berichterstattung), Fachveranstaltungen und Stakeholder-Dialoge weiterentwickelt wurde.

## Innovations- und Bildungspolitik

Die chemisch-pharmazeutische Industrie ist eine der forschungsstärksten Branchen und Innovationsmotor für viele Wirtschaftszweige. Der Arbeitskreis Innovation (ehem. Forschung) beschäftigt sich unter dem Vorsitz von Dr. Jürgen Stebani daher mit Strategien zur Beseitigung interner und externer Innovationshemmnisse. Neben Innovations- und Forschungspolitik, engen Kontakten zu Hochschulen und regionalen Kompetenznetzwerken, wie dem Chemie-Cluster Bayern, ist die Bildungsarbeit ein zentraler Pfeiler der Verbandsarbeit. Um den Themen Innovation und Bildung angemessenen Raum zu verschaffen, haben wir dieses Jahr hierfür ein eigenes Kapitel vorgesehen (S. 46).

## Gesundheitspolitik

Die pharmazeutische Industrie wird im gesundheitspolitischen Kontext häufig ausschließlich als Lieferant für Arzneimittel wahrgenommen und zu wenig als Teil eines Gesamtsystems, das Wertschöpfung, Arbeitsplätze, Steuern und Innovationen für Deutschland bedeutet.

### » DIE PHARMAINDUSTRIE HAT EINE WICHTIGE VOLKSWIRTSCHAFTLICHE BEDEUTUNG «

Dies war auch ein zentraler Ankerpunkt im nunmehr, mit einer Abschlusserklärung zu wichtigen gesundheitspolitischen Fragestellungen, zu Ende gegangenen Bayerischen Pharmagipfel. Besonders erfreulich ist, dass die Phase der fachlichen Zusammenarbeit zwischen Vertretern der Pharmaindustrie und dem bayerischen Wirtschafts- sowie Gesundheitsministerium in einem „Expertendialog Arzneimittel“ verstetigt wird. Somit ist auch weiterhin ein fachlicher Austausch zum Fortschritt der Umsetzung der Beschlüsse aus dem Pharmagipfel sowie zu aktuellen Themen und Fragen wie auch zu konstruktiven Lösungsansätzen in der Gesundheitspolitik möglich.

Oberste Maxime des Wirkens der Bayerischen Chemieverbände ist und bleibt, sich für die bayerische chemische Industrie mit aller Kraft für bestmögliche Rahmen- und Standortbedingungen einzusetzen und den Chemiestandort Bayern dadurch zukunftssicher zu erhalten und auszubauen.

» ERHALT UND ZUKUNFTSICHERUNG DES  
CHEMIESTANDORTS BAYERN BEDINGEN EIN BREITES  
THEMENSPEKTRUM DER VERBANDSARBEIT «

Das Spektrum der Verbandsarbeit wird deshalb vielfältig bleiben und zahlreiche Themenfelder abdecken (müssen):

Von der Tarif- und Sozialpolitik, den Energie- und Klimaschutzthemen über den Umweltschutz und die Stoffregulierung, dem Arbeitsschutz und der Anlagensicherheit bis hin zu Infrastrukturthemen, dem Demografiewandel und der Fachkräftesicherung sowie der Bildungs- und Innovationspolitik wie auch Nachhaltigkeitsaspekten.

### Vorphase der Bundestagswahl 2017

Auf Ebene der Bundespolitik treten wir bereits in den kommenden Monaten in die Ausläufer bzw. die Vorphase zur Bundestagswahl 2017 ein. Gerade in dieser Zeit werden innerhalb der Parteien die Themenschwerpunkte für eine neue Legislaturperiode gedanklich und programmatisch festgezurr. Hier werden sich auch die Bayerischen Chemieverbände mit Nachdruck für die wichtigen Themen unserer Branche einsetzen und frühzeitig einbringen. Mit Blick auf die unterrepräsentierten Impulse echter Wirtschafts- und Industriepolitik der amtierenden Großen Koalition wird es dabei von elementarer Wichtigkeit sein, in den Wahlprogrammen und – noch wichtiger – dem Agieren der Parteien wieder die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandortes in den Fokus zu rücken und vor allem eine Konsistenz über die Ressorts hinweg zu erreichen. Es gilt dabei, gegen eine gewisse Saturiertheit, Lethargie und Tendenz in Richtung bloßer Verteilungspolitik wieder stärker einen echten Reformwillen für den Erhalt und die Steigerung der Leistungsfähigkeit unseres Landes und seiner Wirtschaft in den kommenden Jahrzehnten zu entwickeln. Um nicht wieder zum „kranken Mann Europas“ zu werden, müssen entsprechende Weichenstellungen hierfür in einer konjunkturell besseren Phase erfolgen. Wir müssen frühzeitig und mit Weitblick gestalten, anstatt zu reagie-

ren, wenn es zu spät ist. Im Kontext der enormen Herausforderungen, wie der Flüchtlings- und Eurokrise, zunehmender Tendenzen nationalstaatlicher Abschottung – Brexit – bis hin zu Mammutprojekten wie der Energiewende muss eines klar sein: Nur mit einer starken Wirtschaft und insbesondere einer starken Industrie werden wir erfolgreich sein.

### **Regulierungsvorhaben in der Vorwahlphase – Qualität statt Quantität?!**

Neben der programmatischen Ausrichtung der Bundespolitik für das Wahljahr 2017 bleibt auch in der „Endphase der Legislaturperiode“ eine Vielzahl an für die Chemiebranche wichtigen Regulierungsvorhaben akut. Genauso wichtig wie die inhaltlichen Diskussionen ist das Bewusstsein, dass gerade in dieser Zeit die qualitativen Ansprüche nicht den zeitlichen Sachzwängen anstehender Wahlen zum Opfer fallen dürfen.

#### »IN DER „ENDPHASE DER LEGISLATURPERIODE“ BLEIBEN VIELE REGULIERUNGSVORHABEN FÜR DIE CHEMIEBRANCHE WICHTIG«

Ein Beispiel in der Umweltpolitik ist dabei die Novelle der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft („TA Luft“). Diese zentrale „normkonkretisierende“ Verwaltungsvorschrift definiert die immissionsschutzrechtlichen Anforderungen für mehr als 50.000 genehmigungsbedürftige Anlagen in Deutschland. Vorsicht und eine besonnene Folgenabschätzung für die Wirtschaft müssen hier vor Geschwindigkeit gehen.

Daneben schattiert man mit einem Klimaschutzplan 2050 die Ausrichtung nationaler Maßnahmen zur Erreichung (überambitionierter) Klimaziele mit dem Zielhorizont des Jahres 2050 (!) vor. Auch hier dürfen programmatische Schnellschüsse auf Basis eines kunterbunten Stakeholderprozesses nicht einfach in Stein gemeißelt werden.

Und auch im Bereich der Sozialpolitik müssen das Paradigma regulatorischer Qualität und eine bessere Reflexion der Normadressaten (also unserer Mitgliedsfirmen) wieder stärker Beachtung finden – so hat das geplante Entgeltgleichheitsgesetz das Potenzial eines weiteren Bürokratie- und Regulierungsungetüms. Dabei sollte das bürokratische Desaster des Mindestlohns eigentlich noch gut in Erinnerung sein.

Fernab von den Sachzwängen des deutschen Wahlzyklus wird auch auf europäischer Ebene weiter an vielen regulatorischen Schrauben gedreht, die die europäische Chemieindustrie stark beeinflussen werden. So wird z. B. die Ausgestaltung des europäischen Emissionshandels für die Zeit nach 2020 bald festgelegt werden. Vor kurzem hat die Kommission auch ihre Vorstellung der Kriterien für sogenannte „endokrine Disruptoren“, also hormonell schädliche Substanzen, veröffentlicht – leider, ohne wichtige Forderungen von wissenschaftlichen Behörden (wie der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit oder dem Bundesinstitut für Risikobewertung) sowie der Industrie miteinzubeziehen. Gerade im Stoffrecht sieht man nicht zuletzt auch an der Glyphosat-Diskussion, wie nötig und wichtig es wäre, wieder stärker auf sachlicher und wissenschaftlicher Basis zu diskutieren. Hier bleibt viel Überzeugungsarbeit zu leisten.

So sind es diese und viele weitere Themen aus dem genannten Spektrum der Verbandsarbeit, die uns in Zukunft intensiv beschäftigen werden.

### **Der Verbandsservice – sichtbar und bedarfsgerecht**

Bei all den genannten Fachthemen lebt das Wirken des Verbandes von einem Ineinandergreifen der fachlichen Expertise in den Unternehmen mit der Multiplikatorwirkung des Verbandes. So entsteht ein Kreislauf der (fachlichen) Aggregation und Abstimmung der Branchenmeinung, der Außenkommunikation der Verbände an Administration, Politik und Öffentlichkeit sowie schließlich der Rückkopplung von wichtigen Informationen und (regulatorischen) Entwicklungen aus Politik und Gesetzgebung zurück in die Mitgliedschaft.

#### »EIN STETIGES OPTIMIEREN DER KOMMUNIKATION UND DES SERVICES IST UNSER ANSPRUCH«

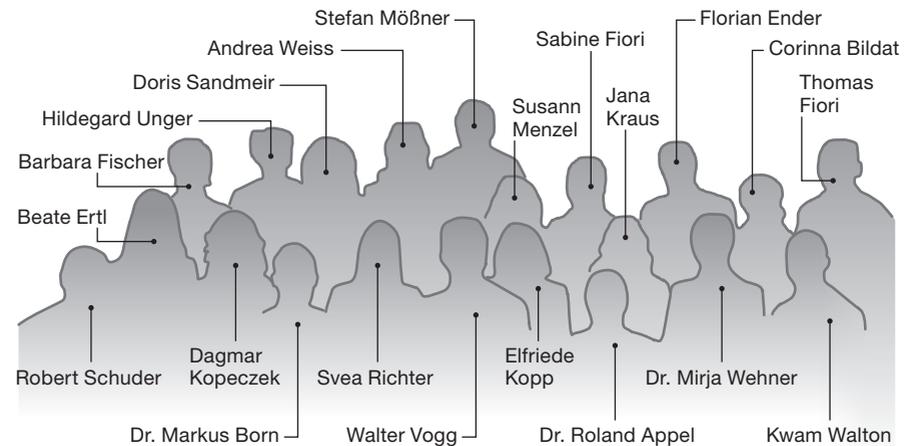
Für den Verbandsservice aber auch für die schlagkräftige Verbandsarbeit ist es daher elementar, geeignete Kommunikationskanäle für den bidirektionalen Informationsfluss in den Verband und zurück in die Unternehmen zu haben und weiter zu optimieren. Es ist wünschenswert, dass der Verband in vielen Unternehmensebenen als wichtiger Informationsgeber und Ansprechpartner präsent ist. Aber all dies muss sich natürlich in das firmenindividuelle Tagesgeschäft mit immer weniger (zeitlichen) Ressourcen einbinden lassen. Deshalb ist es uns ein kontinuierliches Bestreben, möglichst bedarfsgerech-

ten Service zu bieten und die Kommunikationskanäle wie auch die Präsenz des Verbandes in den Unternehmen und die Serviceangebote (wie das Seminarprogramm) weiterzuentwickeln und zu optimieren. Ziel muss es sein, die relevanten Informationen den richtigen Personen im Unternehmen bereitzustellen. Nicht mehr nur die Informationsbeschaffung ist aus Sicht der Unternehmen ein Problem, sondern vor allem die sinnvolle Aufbereitung und Selektion.

Gute Kommunikation lebt auch von persönlichen Kontakten und einem „Bild“ vom Gesprächspartner. Das gilt natürlich nicht nur für unsere politische Kommunikation. Deshalb wollen wir auch die konkreten Ansprechpartner und somit die Menschen in den Verbänden, die hinter den vielen Themen stecken, besser nach außen sichtbar machen. So ist dieses Jahr das Verbandsteam erstmals nicht nur mit Namen, sondern auch visuell mit einem Gruppenfoto im Jahresbericht zu finden.

Ab sofort werden darüber hinaus auch die jeweiligen Ansprechpartner auf unserer Website unter [www.bayerische-chemieverbaende.de](http://www.bayerische-chemieverbaende.de) sichtbar sein – besuchen und kontaktieren Sie uns gerne jederzeit!

### Mitarbeiter in den Verbänden



Leider nicht auf dem Gruppenbild:  
Peter Fürnthaler, Christiane Hönig-Achhammer, Tanja Selig

**Ehrenmitglieder (VBCI und VCI-LV)**

Dr. Hans Seidl, Grünwald  
 Prof. Dr. Wilhelm Simson, München  
 Dr. Karl Wamsler, Pöcking (†)

**Vorstand (VBCI und VCI-LV)**

Dr. Günter von Au, München (Vorsitzender)

Bernd Eulitz, München	Prof. Dr. Rudolf Staudigl, München
Albert Franz, Obernburg	Dr. Alois Virag, Burghausen
Claus Haberda, Penzberg	Walter Vogg, München
Peter Kurz, Fürth	

**Tarifpolitischer Ausschuss (VBCI)**

Albert Franz, Obernburg (Vorsitzender)

Dr. Guy Gansfort, Ismaning	Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen
Stefan Greger, Trostberg (bis Sept. 2015)	Thomas Nagel, Hallstadt
Klaus Kamhuber, Trostberg	Karl Strummer, Vohburg

**Sozial- und Personalpolitischer Ausschuss (VBCI)**

Engelbert Zehentmaier, Burghausen (Vorsitzender)

Paul Altmann, Schwandorf	Hans-Dieter Klingspon, Bruckmühl
Klaus Angermaier, Burghausen	Peter Knoll, Fürth
Christian Beuth, Trostberg	Philipp Kraft, Seefeld
Robert Brüstl, Gersthofen	Matthias Matz, Vohburg
Hans-Peter Dangl, Bobingen	Ute Melcher, Pullach
Rolf Flügel, München	Bernhard Pawlitza, Burghausen
Volker Folwill, Neustadt-Schwaig	Reinhard Pfiffner, Gersthofen
Dr. Guy Gansfort, Ismaning	Christina Pliml, Burghausen
Michael Grimbs, Pullach	Hansjörg Pohl, Unterschleißheim
Walter Haunberger, Burghausen	Thomas Reichenzeller, Kirchheim-Heimstetten
Lothar Heißenberg, Haar (bis Febr. 2016)	Stephan Roth, München
Klaus Hofmann, München (bis Okt. 2015)	Andreas Schmitz, Penzberg
Heinz Jahreiß, Bad Berneck	Ulrich Semler, Neu-Ulm
Jochen Joa, München	Barbara Strasser, Obernburg
Klaus Kamhuber, Trostberg	Jochen Volbracht, Burghausen
Hannes Kauper, Nürnberg	

**Wirtschaftspolitischer Ausschuss (VBCI)**

Holger Amberg, Gersthofen	Arne Schulle, Unterschleißheim
Rolf J. Dürschmidt, Regensburg	Dr. Wolfgang Schumann, Geretsried
Dr. Josef Ertl, Ismaning	Reinhard W. Siegle, Neu-Ulm
Jörg Hettmann, München	Dr. Wolfgang Stehle, Nürnberg (bis Sept. 2015)
Erich Lackner, Trostberg	Dr. Leonhard Unverdorben, Gersthofen
Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen	Dr. Gerhard Wagner, Burghausen
Thomas Nagel, Hallstadt	Ralph Uwe Westhoff, Waldkraiburg
Dr. Thomas Schnell, München	Gerhard Witzany, Schwandorf

**Beirat (VCI-LV)**

Holger Amberg, Gersthofen	Thomas Kühn, Illertissen
Berndt Fritzsche, Essenbach	Dr. Bernhard Langhammer, Burghausen
Markus Fritzsche, Essenbach	Dr. Christian Librera, Bruckmühl
Stefan Greger, Trostberg (bis Sept. 2015)	Hanspeter Quodt, Haar (bis Febr. 2016)
Manfred Hoffmann, Neuburg	Dr. Thomas Schnell, München

**Ältestenrat (VBCI)**

Prof. Dr. Wilhelm Simson, München (Vorsitzender)

Dr. Helmut Gruber, Burghausen	Rudolf Ribka, Walberberg
Dr. Hans Georg Haas, Harthaus	Werner Sassenrath, Großkarolinenfeld
Dr. Fritz Hartl, Gräfelting	Rudolf Schleicher, Icking (†)
Dr. Carl Ernst Hofstadt, Pullach	Dr. Hans Seidl, Grünwald
Dr. Jürgen F. Kammer, München	Dr. Albert Thalhofer, Neusäß
Dr. Emil Kinzinger, Neusäß	Dr. Peter Umfug, München
Dr. Friedrich Lambert, Obernburg	Dr. Karl Wamsler, Pöcking (†)

**Arbeitskreise/Vorsitz (VBCI und VCI-LV)**

<b>Berufsausbildung</b>	Dr. Michael Wieser, Burghausen
<b>Energiepolitik</b>	Albert Franz, Obernburg
<b>Innovation (ehem.: Forschung)</b>	Dr. Jürgen Stebani, Kaufbeuren (ab 2016) (ehem.: Claus Haberda, Penzberg)
<b>Kommunikation</b>	Claus Haberda, Penzberg
<b>Umweltfragen</b>	Dr. Dieter Gilles, Burghausen

**Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie e.V., Landesverband Bayern**

Vorsitz: Dr. Hans Dieter Braun, Stulln

**Verband der deutschen Lack- und Druckfarbenindustrie e.V., Bezirksgruppe Bayern**

Vorsitz: Berndt Fritzsche, Essenbach

**Geschäftsstelle (VBCI und VCI-LV)**

Hauptgeschäftsführer: Ass. jur. Walter Vogg

Geschäftsführer (VBCI):	Referenten:
Dr. Markus Born	Dr. Roland Appel
Ass. jur. Stefan Mößner	Ass. jur. Florian Ender
	Ass. jur. Peter Fürnthaler
Geschäftsführer (VCI-LV):	Ass. jur. Christiane Hönig-Achhammer
Dr. Markus Born	Ass. jur. Jana Kraus
	Robert Schuder
	Kwam Walton
	Dr. Mirja Wehner (Chemie-Cluster)

Ausgewählte Brutto-Produktionswerte (Bayern) in 1000 Euro und %-Anteil am Brutto-Produktionswert der Bundesrepublik Deutschland						
Melde-Nr.	Chemische Erzeugnisse	2013	2014	2015	%	Melde-Nr.
2012	Farbstoffe und Pigmente	77.823	87.825	88.669	2,4	2012
2013	Sonstige anorganische Grundstoffe und Chemikalien	1.360.845	1.644.122	1.612.531	20,5	2013
2013 25 270	Natriumhydroxid i.wässr.Lsg.(Natronlauge)	79.803	70.232	79.443	15,2	2013 25 270
2014	Sonstige organische Grundstoffe und Chemikalien	2.340.625	2.180.169	2.053.714	8,6	2014,0
2014 32 800	and. gesätt. acycl. einbas. Carbonsäur. Salz und Ester	44.903	41.914	43.744	10,6	2014 32 800
2014 41 290	and. acyclische Polyamine, Derivate, Salze	-	62.085	60.454	32,2	2014 41 290
2014 51 500	and. organisch-anorganische Verbindungen	37.843	45.372	48.121	6,9	2014 51 500
2014 71 200	Aktivierete natürliche mineralische Stoffe; Tierisches Schwarz, auch ausgebraucht	106.302	114.424	102.302	88,5	2014 71 200
2015	Düngemittel und Stickstoffverbindungen	63.580	65.074	55.874	1,6	2015
2016	Kunststoffe in Primärformen	4.138.977	4.040.280	4.058.568	16,6	2016
2016 40 308	Epoxidharze i. and. Primärform	30.341	35.192	35.198	9,7	2016 40 308
2016 53 908	And. Acrylpolymeren i Primärformen a.n.g.	133.050	146.402	155.033	9,4	2016 53 908
2016 54 500	Polyamid-6,- 11, -12, -6,6, -6,9, -6,10, -6,12	-	-	132.071	6,8	2016 54 500
2020	Schädlingsbekämpfungsmittel, Pflanzenschutz- und Desinfektionsmittel	71.706	59.136	51.772	1,7	2020
2030	Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.451.351	1.488.447	1.459.814	16,3	2030
2030 11 507	Acrylpolymerlacke Dispersionslackfarben	47.931	46.563	48.222	14,4	2030 11 507
2030 11 701	Alkydharzanstrichfarben etc. i. wässr. Medien dispergiert	-	104.607	106.003	49,1	2030 11 701
2030 11 705	Synthet. Polymer Anstr.farben u. -lacke	17.267	33.716	45.435	9,5	2030 11 705
2030 12 505	Acrylpolymeranstr.farben	-	24.225	27.127	9,8	2030 12 505
2030 12 901	Festkörperreiche Lacke High Solids	33.243	35.024	39.260	21,7	2030 12 901
2030 12 908	Polyurethanharzlacke	45.897	43.937	37.650	11,6	2030 12 908
2030 22 799	Andere zusammengesetzte organ. Löse-,Verdünn.mitt.	29.687	28.644	26.759	10,2	2030 22 799
2041	Seifen, Wasch-, Reinigungs- und Poliermittel	640.900	659.343	687.822	12,8	2041
2041 32 597	Reinigungsmittel flüssig f. and. Zwecke i.A.E.	-	-	26.093	10,9	2041 32 597
2041 32 600	Grenzflächenaktive Zubereitungen oh. Seife n.A.E.	-	-	46.171	15,0	2041 32 600
2041 42 800	And. künstl. u. zubereitete Wachse m. Siegellack etc.	-	111.170	106.222	27,8	2041 42 800
2042	Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.007.331	1.067.827	1.074.832	20,8	2042
2042 12 500	Schminkmittel Make-up für die Lippen	160.653	163.793	186.798	75,8	2042 12 500
2042 15 003	Wässer, Cremes Spez.behandl.mittel zur Gesichtspflege	29.806	32.265	33.689	4,7	2042 15 003
2042 15 005	Wässer, Cremes zur Körperpflege auch für Kleinkinder	34.802	36.271	37.885	8,6	2042 15 005
2042 19 755	Duschbäder	100.864	117.309	102.113	24,7	2042 19 755
2052	Klebstoffe	113.095	133.305	156.268	9,6	2052
2053	Etherische Öle	128.434	139.716	148.784	9,1	2053
2059 41 570	Zub. Schmiermitt. f. Masch.	24.511	23.639	27.379	7,4	2059 41 570
2059 41 790	Zub. Schmiermittel für Masch., App. etc. ohne Ölanteil	92.145	94.752	100.135	29,8	2059 41 790
2059 43 500	Zubereitete Gefrierschutzmittel	93.712	51.279	57.931	24,4	2059 43 500
2059 52 100	Zusammengesetzte Diagnostik- oder Laborreagenzien	-	-	297.641	16,8	2059 52 100
2059 52 300	Modelliermassen, zuber. Dentalwachs,Zahnabdruckma.	109.205	104.543	99.560	36,3	2059 52 300
2059 55 735	Ausrüstungsmittel für die Textilindustrie	-	-	38.292	44,0	2059 55 735
2059 55 737	Universelle Hilfsmittel für die Textilindustrie	-	-	26.010	32,2	2059 55 737
2059 59 909	Andere chem. Erzeugnisse Rückst. Zub. d. chem. oder and. Ind. etc.	56.206	95.578	147.318	4,4	2059 59 909
2060	Chemiefasern	786.801	753.041	733.031	35,2	2060
2099	Veredlung von Erzeugnissen der chemischen Industrie	140.221	139.825	130.685	6,5	2099
20	Chemische Erzeugnisse	14.138.535	14.278.233	14.174.930	12,6	20
2110	Pharmazeutische Grundstoffe uä Erzeugnisse	101.054	112.153	115.841	3,5	2110
2120	Pharmazeutische Spezialitäten u. sonst. pharmaz. Erzeugn.	1.503.752	1.468.379	1.629.352	6,3	2120
2120 11 800	Arzneiw. and. Antibiotika enth. ohne Penicilline i.A.E.	37.391	44.769	49.886	3,0	2120 11 800
2120 13 400	Alkaloide,ihre Derivate enth.,dosierte oder i.A.E.	-	-	315.197	19,6	2120 13 400
2120 13 600	And. Arzneiwaren, Vitamine enth. i.A.E.	276.620	261.175	279.647	11,0	2120 13 600
2120 13 800	And. Arzneiwaren, Jod, Jodverb., etc. enthält. i.A.E.	708.779	678.070	668.246	7,4	2120 13 800
2120 21 200	Antisera und andere Blutfraktionen	-	-	40.233	2,4	2120 21 200
21	Pharmazeutische u.ä. Erzeugnisse	1.604.806	1.580.532	1.629.352	5,5	21
20+21	Chemische und pharmazeutische Industrie	15.743.341	15.858.765	15.804.282	11,1	20+21

# STATISTISCHE VERGLEICHZAHLEN

	Chemische Industrie			Verarbeitendes Gewerbe		
	2014	2015	%	2014	2015	%
<b>Bayern</b>						
Gesamtumsatz	17.072.518	17.068.984	0,0	327.560.304	341.784.895	4,3
darunter Ausland	10.423.374	10.535.826	1,1	168.027.049	179.137.789	6,6
Beschäftigte	59.653	59.990	0,6	1.215.634	1.241.443	2,1
<b>Bund</b>						
Gesamtumsatz	190.831.658	188 723 292	-1,1	1.749.025.059	1.785.331.379	2,1
darunter Ausland	115.066.534	114 426 579	-0,6	814.034.712	852.696.895	4,7
Beschäftigte	444.808	446 282	0,3	6.018.480	6.067.473	0,8

<b>Bayern (Spartenergebnisse)</b>						
	Umsatz		Auslandsumsatz		Beschäftigte	
	2014	2015	2014	2015	2014	2015
anorg. Grundstoffe und Chemikalien	415.852	431.412 3,7 %	229.196	236.188 3,1 %	1.803	1.801 -0,1 %
org. Grundstoffe und Chemikalien	1.731.716	1.549.577 -10,5 %	865.336	924.539 6,8 %	3.896	4.051 4,0 %
Kunststoffe in Primärformen	5.130.508	5.286.492 3,0 %	3.732.686	3.856.370 3,3 %	12.102	12.463 3,0 %
Anstrichmittel, Druckfarben und Kitte	1.526.717	1.471.671 -3,6 %	803.452	791.974 -1,4 %	6.711	6.754 0,6 %
pharmazeutische Erzeugnisse	1.922.017	1.972.993 2,7 %	950.571	927.438 -2,4 %	7.811	7.789 -0,3 %
Seifen, Wasch- und Reinigungsmittel	1.133.059	1.086.984 -4,1 %	566.821	531.330 -6,3 %	2.552	2.638 3,4 %
Duftstoffe und Körperpflegemittel	1.203.904	1.283.079 6,6 %	665.327	719.140 8,1 %	4.552	4.649 2,1 %
Chemiefasern	922.364	770.111 -16,5 %	594.236	497.467 -16,3 %	3.835	3.071 -19,9 %
Sonstige	3.086.381	3.216.665 4,2 %	2.015.749	2.051.380 1,8 %	16.391	16.774 2,3 %

nach Wirtschaftsklassen, Umsätze in 1.000 Euro  
Beschäftigte jeweils zum 30.9.

Quellen: Bayerisches Landesamt für Statistik und  
Datenverarbeitung, Statistisches Bundesamt, Chemdata,  
eigene Berechnungen